

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

Posteinwurf

Finanzamt

Kreative Buchführung

BAYERs Steuertricks

Weitere Themen:

BAYERs CUREVAC-Deal

Die CBG-Verfassungsbeschwerde

In Sachen „Agent Orange“

SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift



Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Immer noch aktuell: Die Karikatur des inzwischen verstorbenen SWB-Zeichners Bernd Skott aus dem Jahr 2015 zu BAYERs Steuer-Gebaren. Siehe Seite 6 ff.

Inhalt

- 6 BAYERs Steuer-Oasen**
Darf 's ein paar Milliarden weniger sein?
- 12 Das Gutachten**
Verfassungsbeschwerde: CBG legt nach
- 16 Der CUREVAC-Deal**
BAYER steigt ins Vakzin-Geschäft ein
- 22 In Sachen „Agent Orange“**
Klage gegen BAYER-Tochter MONSANTO
- 26 Eine lange Geschichte**
BAYERs Chemiewaffen

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 O-Ton BAYER**
HV-Echo
Promis gegen Profit
- 32 CBG bei der Arbeit**
- 34 Au weia, BAYER**

Rasant werden die Urwälder Europas unwiederbringlich zerstört - auch für unser Holz und unser Papier.

URWÄLDER IN EUROPA SCHÜTZEN

Das machen wir

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0

ROBIN WOOD
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.



Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

39. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrke (jp). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,



das neue Jahr begann für die Redaktion gleich mit einem Paukenschlag: Am 7. Januar gab der BAYER-Konzern seine Kooperation mit dem Tübinger Biopharma-Unternehmen CUREVAC in Sachen „COVID-19-Impfstoff“ bekannt, womit er groß in das Corona-Geschäft einsteigt. Zu den Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte die Seiten 16 bis 21.

Anfang Februar holte den Leverkusener Multi dann wieder mal die Vergangenheit ein. In Frankreich verklagte die 78-jährige Tran To Nga das Tochter-Unternehmen MONSANTO wegen dessen Aktivitäten im Vietnam-Krieg. Die Frau leidet bis heute unter den gesundheitlichen Folgen der Sprüh-Einsätze mit dem berühmterbüchtigten Pestizid Agent Orange und verlangt eine Entschädigung. Aber auch die Mutter-Gesellschaft selbst ist in diese Geschichte involviert und lieferte den Vereinigten Staaten damals kriegsverwendungsfähige Ackergifte. Schon seit dem Ersten Weltkrieg bestückt es die Waffen-Arsenale der Armeen mit Produkten aus ihren Chemie-Labors. Darum nahm das *Stichwort BAYER* den Prozess zum Anlass für einen umfassenden Blick zurück.

Und noch einen Gerichtsreport gibt es im Heft – diesmal in eigener Sache. In dem

langjährigen Rechtsstreit mit dem Global Player, der bei seiner Hauptversammlung im Jahr 2017 das Versammlungsrecht der Konzern-Kritiker*innen aus fadenscheinigen Gründen massiv eingeschränkt hatte, legte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN im November 2020 Verfassungsbeschwerde ein. Nun hat sie einen renommierten Juristen für die Erstellung eines Gutachtens gewinnen können, das die Grundgesetz-Verletzungen minutiös darlegt. Wir stellen die Arbeit in Auszügen vor.

Auch die Steuer-Praxis BAYERS haben jüngst Expert*innen durchleuchtet. Sie stießen auf Skandalöses: Durch kreative Buchführung sparte der Agro-Riese von 2010 bis 2019 rund drei Milliarden Euro an Abgaben. Dabei braucht er gar nicht einmal mehr in die Ferne schweifen, um Steuer-Oasen aufzutun. Dank des Unterbietungswettbewerbs zwischen den einzelnen Städten, den er durch Betriebsverlagerungen auf dem Papier angezettelt hatte, taten sich plötzlich sogar an seinem Stammsitz Leverkusen paradiesische Zustände auf. Allen, die nicht unter Palmen liegen und sich heuer schon mit den Frühlingsgefühlen schwertun, bleibt immerhin noch das neue Stichwort, tröstet

Jan Pehrke



Kreative Buchführung

Steuerflüchtling BAYER



Eine der Schaltzentralen von BAYERs Steuertricks: Die Niederlassung von BAYER WOLRD INVESTMENTS B. V. im holländischen Mijrecht

Nach einer neuen Studie konnte der Leverkusener Multi den Finanzbehörden durch seine „Steuerplanung“ Abgaben in Milliarden-Höhe vorenthalten.

Von Jan Pehrke

„Wir sind uns voll und ganz bewusst, dass Staaten ausreichende Finanzmittel benötigen, um günstige strukturelle und unternehmerische Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch eine wichtige Grundlage für unsere lokale Aktivitäten bilden. Deshalb (...) beteiligen wir uns nicht an künstlichen Gestaltungen ohne geschäftliche Substanz“, hält der BAYER-Konzern fest. Als „verantwortungsvoller und ver-

lässlicher Steuerzahler“ sieht er sich deshalb wahrgenommen.

Eine neue Studie über das Steuer-Gebaren des Leverkusener Multis, welche die Grünen im Europa-Parlament in Auftrag gegeben haben, kommt da allerdings zu einem ganz anderen Schluss. Demnach reduzierte das Unternehmen die Abgabenzahlungen durch kreative Buchführung in den letzten Jahren massiv. Betrug die

effektive Steuer-Rate – also der Satz, zu dem er seine Gewinne tatsächlich versteuerte – 2010 noch 25,6 Prozent und 2017 sogar 29 Prozent, so sank die Quote von 2018 auf 2019 von 26,3 auf 15,6 Prozent. Gemessen an den rund 32,5 Prozent, die ein normaler Handwerksbetrieb in Leverkusen an Abzügen hat, sparte das Unternehmen damit von 2010 bis 2019 rund drei Milliarden Euro ein. Und auch die von

den einzelnen Ländern mit BAYER-Sitzen gesetzlich festgelegten Tarife verringerten sich in den letzten 20 Jahren. Darum sank der globale Durchschnittswert massiv. Von 39,5 auf 22 Prozent fiel die gewichtete nominale Steuer-Rate (1).

Der Leverkusener Multi zeigt sich in der Wahl seiner Standorte nämlich sehr wählerisch. Von seinen 488 Gesellschaften liegen 66 in Steuer-Oasen (Stand 2019). Unter anderem unterhält er Niederlassungen in Panama, Zypern, Luxemburg, Singapur, Irland, den Niederlanden und im US-Bundesstaat Delaware. Auch in den bundesdeutschen Steuer-Paradiesen Monheim und Leverkusen ist der Global Player präsent. Angaben zum dort versteuerten Gewinn macht er in seinen Jahresabschlüssen jedoch nicht und beruft sich dabei auf die Ausnahme-Regelungen des Handelsgesetzbuches.

Mit Hilfe dieser Dependancen betreibt der Agro-Riese das, was BAYER-Chef Werner Baumann in seiner Zeit als Finanz-Vorstand einmal „eine veränderte regionale Ergebnis-Verteilung“ nannte. In Monheim

der Konzern vorzugsweise von Holland aus. In dem Land, das in der aktuellen Liste der weltweit schädlichsten Unternehmenssteuer-Wüsten des TAX JUSTICE NETWORK den vierten Platz belegt, unterhält er nicht weniger als 27 Dependancen. So leiht etwa die in Mijdrecht angesiedelte BAYER WOLRD INVESTMENTS B. V. anderen Niederlassungen Geld für Investitionen. Unter anderem gingen rund eine Milliarde Euro zu einem Zins-Satz von 7,02 Prozent an die brasilianische BAYER-Tochter. Steuertechnisch beginnt damit wieder das gleiche Spiel wie mit den Patenten und Namensrechten: Auf der einen Seite schmälern die für die Kredite zu zahlenden Zinsen die zu versteuernde Gewinn-Summe und auf der anderen Seite erhöht sich diese zwar entsprechend, was sich aber angesichts der niedrigen Tarife in den Niederlanden steuerlich kaum auswirkt.

Damit nicht genug, änderte der Leverkusener Multi auch noch seine Unternehmensstruktur. Er gab nach der Trennung von der Kunststoff-Sparte im Jahr 2015 seine Holding-Struktur auf, unter der die einzelnen Sparten relativ selbstständig operieren konnten, und unterstellte die Sparten „Pharma“ und „Landwirtschaft“ 2017 wieder der BAYER AG. Aber so ganz wurde alles doch nicht wieder eins, die AG schloss mit den beiden Sektionen sogenannte Betriebsverpachtungsverträge ab. „Da eine Verschmelzung aus steuerlichen Gründen nicht in Betracht kam, war diese Lösung für uns besonders attraktiv“, so BAYERs Steuer-Experte Dirk Rosenberg im Fachblatt *JUVE Rechtsmarkt* zum Sinn der Übung.

Die Praktiken des Unternehmens riefen schon des Öfteren die Behörden auf den Plan. So verhängte ein griechisches Gericht erst-instanzlich eine Strafzahlung von 130 Millionen Euro „für bestimmte konzern-interne Darlehen an eine griechische Tochter-Gesellschaft“, wie es im aktuellen Geschäftsbericht heißt. Der Konzern legte allerdings Berufung ein und gewann den Prozess. Kanadischen Finanzämtern kamen indes die Transfer-Preise, zu denen die eine Tochter-Gesellschaft mit der anderen Pillen-Geschäfte macht, spanisch vor. Deshalb forderten sie Unterlagen z. B. über Lizenz-Gebühren nach, wogegen der Leverkusener Multi sogleich – allerdings erfolglos – juristisch vorging.

„Pure Polemik“

Der Global Player reagierte empört auf die Veröffentlichung der Studie. „Pure

O-Ton BAYER



„Wir sind nicht diejenigen, auf die man ständig einschlagen kann, das muss irgendwann aufhören.“

BAYERs Reputationsmanager Matthias Berninger nach der Veröffentlichung der Steuerflucht-Studie

Echo

A. S.: Wir können nicht aufhören, uns zu engagieren, sonst bleibt u. wird alles noch schlimmer. VIELEN Dank!

Promis gegen Profit



„Die Spenden von BAYER und TELEKOM an Trump-Unterstützer zeigen vor allem eins: Spenden aus der Wirtschaft haben keinen moralischen, sondern einen profit-orientierten Kompass. Sie dienen der Beeinflussung politischer Entscheidungen im Unternehmensinteresse. Dieses Erkaufen von Wohlwollen widerspricht grundsätzlich dem demokratischen Gedanken und ist abzulehnen.“

Katja Kipping von der Partei „Die Linke“ kritisierte in der taz die Spenden der beiden Unternehmen an den „Verband der republikanischen Generalstaatsanwälte“, dessen Unterorganisation „Rule of Law Defense Fund“ mit zum Sturm auf das Washingtoner Kapitol am 6. Januar 2021 aufgerufen hatte.



Harmful tax competition

How Bayer rigs corporate taxation in Europe



Die Studie der Grünen: „Schädlicher Steuerwettbewerb – Wie BAYER die Unternehmensbesteuerung in Europa manipuliert“

beispielsweise hat der Gen-Gigant 2012 die Sparte BAYER INTELLECTUAL PROPERTY angesiedelt, die Patent-Abteilung. An diese müssen die Tochter-Gesellschaften für die Nutzung von geistigem Eigentum oder Marken-Rechten Geld überweisen. Und während sie an ihren Standorten die etwa für die Verwendung des Namens ASPIRIN anfallenden Kosten steuermindernd geltend machen können, fallen diese in Monheim als Einnahmen verbucht finanzamt-technisch kaum ins Gewicht. Das konzern-interne Bankwesen betreibt



Leverkusens Oberbürgermeister Uwe Richrath (SPD)

Polemik“ warf er den beiden Autoren Christoph Trautvetter und Steffen Redeker vor. BAYERs oberster Öffentlichkeitsarbeiter Matthias Berninger verlor sogar ganz die Contenance, waren es doch seine Parteifreund*innen von den Grünen, die dem Unternehmen die neuesten Negativ-Schlagzeilen eingebracht hatten. „Wir sind nicht diejenigen, auf die man ständig einschlagen kann, das muss irgendwann aufhören“, empörte er sich.

Von Steuer-Oasen spricht BAYERs Finanzchef Bernd-Peter Bier nur in Anführungszeichen. Und Paradiesisches sucht das Unternehmen ihm zufolge dort auch gar nicht, sondern weit Profaneres: In Delaware ist der Multi nur, weil der Bundesstaat „über ein besonders unbürokratisches Gesellschaftsrecht verfügt“, und in Holland und Monheim, weil er von da aus einen Teil seiner Agro-Geschäfte betreibt. Panama und die Bermudas hat der Konzern Bier

zufolge keineswegs aus freien Stücken für Firmen-Sitze ausgewählt, es handelt sich vielmehr quasi um Zwangsaufenthalte. „BAYER hat im Zusammenhang mit der Übernahme US-amerikanischer Unternehmen immer wieder auch Gesellschaften an solchen Standorten als Teil der jeweiligen Transaktionspakete mit erwerben müssen“, so der „Head of Group Finance“. „Von ‚Verlagerungen‘ kann hier also nicht die Rede sein“, konstatiert er. Im gleichen Atemzug betont er allerdings auch, dass sowohl die Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit als auch der Steuer-Wettbewerb staatlicherseits erwünscht sind: „Mit seinen Standort-Entscheidungen bewegt sich BAYER innerhalb des Rahmens, den die Politik vorgibt.“

„[D]ass die Steuer-Sätze sich aufgrund politischer Entscheidungen teilweise erheblich ändern“, wie er schreibt, geschieht allerdings nicht ohne das Zutun des Leverkusener Multis. So wechselte im Jahr 1999 BAYERs damaliger Finanz-Chef Heribert Zitzelsberger als Staatssekretär ins Finanzministerium und konzipierte eine Unternehmenssteuer-„Reform“. „Wir haben mit Herrn Zitzelsberger unseren besten Mann entsandt und gehen davon aus, dass er in unserem Sinn tätig wird“, so der damalige Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider. Und er sollte sich nicht

Alternative Kommunalpolitik
Ausgabe 2 | 2021
März | April
11 Euro
Fachzeitschrift | 42. Jahrgang

KOMMUNALFINANZEN:
Woher nehmen,
wenn nicht sparen?

- Young Carer: Wenn Kinder und Jugendliche zu Pfleger*innen werden
- Studie: Altersarmut in Städten
- Gewalterfahrungen von Kommunalpolitiker*innen
- Mein Recht als Ratsmitglied: Ausschuss-Besetzung
- Zero Waste und Circular Economy

AKP

Ausgabe 2 | 2021

KOMMUNALFINANZEN

Woher soll das Geld kommen für Klimaschutz, Daseinsvorsorge und Corona-Folgen? Wie lässt sich der kommunale Haushalt politisch steuern und wie steht es ums Gender Budgeting? AKP 2/21 beleuchtet Grenzen und Möglichkeiten.

Weitere Themen:

- Young Carer: Wenn Kinder und Jugendliche zu Pfleger*innen werden
- Studie: Altersarmut in Städten
- Gewalterfahrungen von Kommunalpolitiker*innen
- Mein Recht als Ratsmitglied: Ausschuss-Besetzung
- Zero Waste und Circular Economy

• Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

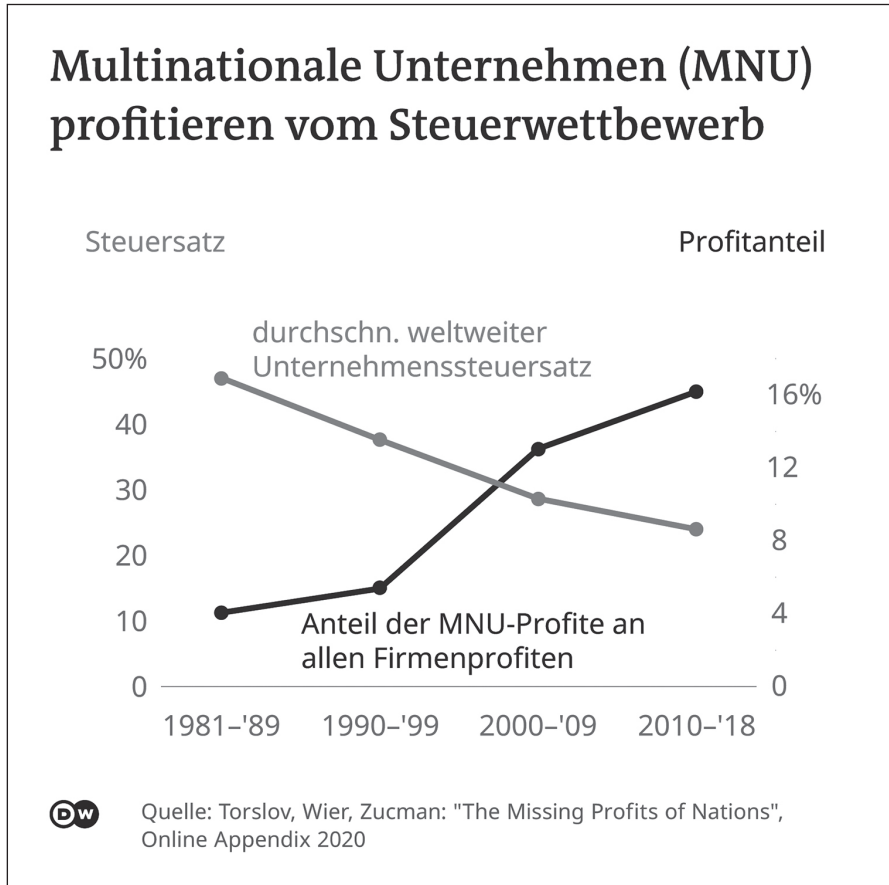
AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

täuschen. „Keinem der Berliner Großkopfen hat die deutsche Großindustrie so viel Wohltaten zu verdanken wie Heribert Zitzelsberger“, konstatierte die *Berliner Zeitung* einmal.

Kommunaler Kannibalismus

Auch in den Genuss der neueren Wohltaten kam die Aktien-Gesellschaft nicht einfach so. Der Bürgermeister der Stadt Monheim, Daniel Zimmermann von der PETA-Partei, hat erst einmal bei BAYER und anderen Konzernen vorgesprochen, ehe er sich im Jahr 2012 daranmachte, die kommunalen Gewerbesteuern auf den niedrigsten Satz von ganz Nordrhein-Westfalen zu senken. Und bereits zwei Wochen nach der offiziellen Bekanntgabe war der Global Player mit seiner Patent-Abteilung da. Durch den Umzug von Leverkusen nach Monheim sparte er schätzungsweise zehn Millionen Euro Gewerbesteuer pro anno. Entsprechend erobert reagierten die politisch Verantwortlichen am Stammsitz des Agro-Riesen. Aber Zimmermann ließ sich weder davon noch von den Klagen aus anderen nordrhein-westfälischen Gemeinden beirren und senkte in den folgenden Jahren noch munter weiter. „Es ist natürlich ein legitimes Mittel, sowohl von Seiten der Stadt als auch des Konzerns, aber für uns ist Monheims Steuer-Politik ein riesiges Problem“, klagte etwa Leverkusens Oberbürgermeister Uwe Richrath (SPD). Der Kommune brachen die Einnahmen weg, und ein langer Leidensweg begann, der sie sogar beim „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes Nordrhein-Westfalen Zuflucht suchen ließ. Das er-



boste den damaligen NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans ungemein. Dass eine Stadt wie Leverkusen „mit der Weltmarke BAYER aus dem Stärkungspakt gestützt werden muss – das glaubt erst mal keiner“, hatte Walter-Borjans bei einem Lokaltermin gezürnt und den Multi in die Pflicht genommen: „Ich erwarte schon, dass ein Unternehmen sich seiner Standort-Verantwortung bewusst ist.“

Anfang Juli 2019 schließlich gab Leverkusen sich geschlagen. Nachdem vorher schon Langenfeld kapituliert und im Sog Monheims seine Steuern heruntergesetzt hatte, zog BAYERS Heimstatt nach. Getreu der Devise: „If you can't beat them, join them“ senkte die Kommune ihre Gewerbesteuer auf das Niveau Monheims ab. Der von BAYER provozierte Unterbietungswettbewerb nahm damit eine neue

Israel – welche Utopie?
Das große »Blätter«-Gespräch | blaetter.de

Einzelheft 10 €
Im Abbo 6,55/5,10 €

Blätter für deutsche und internationale Politik

3'21

Probabo 2 Monate nur 10 €

AFD: Die blinden Flecken der Justiz
Joachim Wagner

»Ich stehe vor Ihnen als stolze Deutsche – trotz alledem«
Charlotte Knobloch

Springer: Die rechte Medien-APO
Albrecht von Lucke

Wie wir die Erde verkonsumieren
Michael Müller

Angriff der Maskulinisten
Susanne Kaiser

Die Chimäre der Klimaneutralität
Guido Speckmann

Wohin mit dem Atom Müll?
Wolfgang Ehmke

Foto: rodriguez/istockphoto



Diesen Weg will BAYER einfach nicht finden

Wendung – zur großen Freude des Konzerns. Auf schlappe 8,75 Prozent beläuft sich der Satz in der Stadt nun. Und auch hier hatten im Vorfeld Sondierungsgespräche stattgefunden. Kämmerer Markus Märtens wollte nämlich sichergehen, dass die Einnahmen nicht wegbrechen. Es gebe Absprachen mit großen Steuerzahlern über Rückverlagerungen, hieß es deshalb laut *Leverkusener Anzeiger*. Weitere Auskünfte verweigerte Märtens allerdings mit Verweis auf das Steuergeheimnis: „Von mir bekommen Sie keinerlei Angaben, mit welchen Unternehmen wir gesprochen haben.“ Das konnten sich die Leverkusener*innen allerdings auch selber denken. Und ein Blick in die Aufstellung von BAYERs Anteilsbesitz lieferte

dann genauere Information. Dort fand sich nämlich für zahlreiche Gesellschaften, die bisher in Schönefeld – dem Monheim-Pendant nahe Berlin – angesiedelt waren, Leverkusen als neue Adresse. Als Grund für die Entscheidung führte Oberbürgermeister Uwe Richrath den „regionalen, überregionalen und sogar weltweiten Steuer-Wettbewerb“ an. Seiner Ansicht nach kann die Stadt in dieser Konkurrenz durch die Reduzierung des Hebe-Satzes künftig besser bestehen. „Das stärkt alle Bestandsunternehmen im internationalen Wettbewerb und verbessert das Investitionsklima. Insbesondere ansässige Unternehmen werden so in die Lage versetzt, ihre Gewinne wieder dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet wer-

den und wo die kommunale Infrastruktur genutzt wird“, hielt der Sozialdemokrat fest.

Die Nachbar-Gemeinden reagierten empört. „Ich bin erschüttert, dass Steuerdumping Schule macht“, sagte Dormagens Bürgermeister Erik Lierenfeld. Der Kölner CDU-Chef Bernd Petelkau kritisierte das Vorgehen Leverkusens derweil als „Verdrängungswettbewerb kleinerer Kommunen zu Lasten der Metropolen“ und Burscheids Bürgermeister Stefan Caplan warnte: „Wenn das alle so machen, dann gibt es in NRW noch weniger Steuern und unser ganzes System wird untergraben.“ Noch nicht einmal vier Wochen nach der Entscheidung des Leverkusener Stadtrats fanden sich über 30 nordrhein-westfälische Kommunen – unter ihnen die BAYER-Standorte Dormagen und Bergkamen sowie der ehemalige BAYER-Standort-Krefeld – zusammen und verabschiedeten die Zonser Erklärung. „In Zeiten, wo es großer finanzieller Kraftanstrengungen bedarf, die Infrastruktur in unserem Land zu erhalten und zu erneuern, ist Gewerbesteuer-Dumping nicht hinnehmbar“, hieß es darin. Deutlich formulierten die Kommunalpolitiker*innen auch ihre Kritik an den Tricksereien von BAYER & Co.: „Dass es bald überall in Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen werden könnte, durch konzern-interne Verlagerungen steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von ‚Briefkasten-Firmen‘ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend.“ Oberbürgermeister Richrath und sein Kämmerer Märtens ließen sich von dem Vorstoß jedoch nicht beirren. Zu viele neue Einnahmen zu Lasten Dritter hatte der Stadtkasse die „Steuerreform“ beschert. Die beiden gingen sogar dazu über, eine aktive Abwerbe-Politik zu betreiben. Die Wirtschaftsförderung verschickte Briefe an Firmen im Umkreis, in denen sie die Stadt als attraktiven Standort anpries. „Wie Sie wissen, ist ein Umzug mit dem ganzen Betrieb nicht erforderlich, um in den Genuss der günstigen Gewerbesteuer zu kommen“, schrieb diese. Der Städte- und Gemeindebund NRW kritisierte das Vorgehen massiv. „So graben wir uns gegenseitig das Wasser ab, am Ende verlieren alle. Der immer wiederkehrende Streit zeigt aber auch, wie groß die finanzielle Not in vielen Kommunen ist. Sie ist letztlich die Ursache für derartige Kannibalisierungsmethoden“, so Hauptgeschäftsführer Christof Sommer. Auch die nordrhein-westfälische Kommunalministerin Ina Schnarrenbach (CDU) schalte-

Z.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2020: Z. 124: Kritik der Extremismustheorie **Z. 123:** Corona-Krise und Kapitalismus / Jugend und Politik / DDR

1989/99 – Sozialismus-Bilanz **Z. 122:** Engels 1820-2020 / Corona-Krise **Z. 121:** Strategiedebatten / Lateinamerika

2019: Z. 120: Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus **Z. 119:** Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 – das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen **Z. 118:** Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft - Neue Konfliktfelder / Kapitalismustheorie **Z. 117:** Kontrollverlust? Krise der Parteien und sozialer Protest

2018: Z. 116: Neue Klassendiskussion **Z. 115:** Von der Novemberrevolution zum „deutschen Oktober“ **Z. 114:** Klimakrise: Industriepolitik und Kapitalinteressen **Z. 113:** Marx 200: Arbeit und Ausbeutung

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten Einzelheft: 10 Euro. Abo: 35 Euro

Bestellung: www.zme-net.de, Postf. 7003346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

Gesundheitssystem und Corona-Krise

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 125, März 2021

Gesundheitssystem und Corona-Krise
 Statements – **Kampffeld Gesundheitswesen** / Burkhardt – **Gesundheitssystem in der Pandemiekrise** / Gerlinger – **Gesundheitspolitik zwischen Markt und Staat** / Latza / Weinberg – **Klassenkämpfe in der Krankenpflege** / Michelsen / Holst – **Global Health, COVID-19 und die Folgen**
Marx-Engels-Forschung
 Krätke – **Besondere Partnerschaft** / Kuczynski – **War Engels Marxist?** / Lietz / Schwarz – **Wert, Austausch und Neue Marx-Lektüre (I)** / Krüger – **Produktive und unproduktive Arbeit**
 Und: **Lockdown-light? März-Kämpfe 1921: Lenin und Sozialismus-Theorie; Marchewski Brief; Digitalisierung; Fleischindustrie**
 Sowie: **Kommentare – Zeitschriftenschau – Buchbesprechungen**

Erscheinenspreis 10,00 Euro

te sich ein: „Das Verhalten von Leverkusen ist absolut unsolidarisch.“ Richrath konterte umgehend: „Wer zu uns sagt, wir sollen das sein lassen, der ändert ja nichts an der Gesamtsituation“, sagte er mit Verweis auf Monheim und Langenfeld. „Hier sind Bund und Land gefordert, eine Einheitlichkeit bei der Steuer-Struktur herzustellen“, meinte der Oberbürgermeister. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, Stefan Kämmerling, sprang ihm zur Seite und erinnerte daran, dass die Bezirksregierung Leverkusen das Plazet für die Absenkung gegeben hatte. „Frau Schnarrenbach sollte darum jetzt nicht überraschter tun, als sie in Wirklichkeit ist“, so Kämmerling.

Massive Kritik

Der grüne Europa-Parlamentarier Sven Giegold, der die Untersuchung in Auftrag gegeben hatte, geht mit dem Leverkusener Multi hart ins Gericht. „Die BAYER AG ist ein Parade-Beispiel für ruinösen Unterbietungswettbewerb bei der kommunalen Gewerbe-Steuer. BAYER-Standorte wie Leverkusen oder Monheim sind zu innerdeutschen Steuer-Oasen geworden. Sie setzen damit Städte wie Krefeld und Dormagen, aber auch Düsseldorf und Köln unter Druck, ebenfalls ihre Gewerbesteuer-Sätze zu senken“, moniert der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Grüne/EFA. Auch Studien-Autor Christoph Trautvetter erhebt schwere Vorwürfe. „Multinationale Konzerne nutzen Bilanzierungstricks, um Gewinne in Steuer-Oasen zu verschieben und befördern damit den internationalen Steuer-Wettbewerb“, konstatiert er. Das verschaffe ihnen im Vergleich zu lokalen Anbietern unfaire Wettbewerbsvorteile und bringe die Länder um Einnahmen, die sie für ihre Gesundheitssysteme und den Kampf gegen den Klima-Wandel dringend benötigten, so Trautvetter gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*.

Aus den Befunden der wissenschaftlichen Arbeit leitet Giegold die Forderung nach einem einheitlichen Unternehmenssteuer-System in Europa ab. „Der Binnenmarkt braucht Mindeststeuer-Sätze, um den europäischen Steuer-Wettbewerb zu beenden“, erklärte der Grünen-Politiker. Als Schritt in die richtige Richtung begrüßte er in dem Zusammenhang die Entscheidung der EU, den Konzernen künftig nach Ländern aufgeschlüsselte Berichte über ihre geschäftlichen Aktivitäten und ihre Steuerzahlungen abzuverlangen. Die Bundesregierung hatte sich immer gegen dieses „Country-by-Country-Reporting“ (CbCR)



Der grüne Europa-Parlamentarier Sven Giegold

ausgesprochen. Der BAYER-Konzern lehnt es natürlich ebenfalls ab und schiebt abenteuerliche Gründe dafür vor. „Insbesondere Länder außerhalb der EU haben ein Interesse daran, ihren Anteil am zu verteilenden Steuer-Substrat deutlich auszudehnen und werden die im Rahmen eines CbCR gewonnenen Daten zu diesem Zweck einsetzen. Dadurch nehmen Gewinnverteilungsstreitigkeiten zu – mit der Folge, dass bisheriges europäisches Steuer-Substrat und damit auch die Finanzierung der öffentlichen Haushalte gefährdet würde“, warnt der Multi.

Die Kommunen, welche die Zonser Erklärung unterschrieben haben, mahnen derweil eine Gewerbesteuer-Reform an. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützt seine Vorschläge. Darüber hinaus verlangt sie, den Unternehmen künftig zu verbieten, mit sich selber Geschäfte machen zu können. Die firmen-interne Kredit-Vergabe und die Geschäfte mit Lizenzen und Patenten dienen nämlich nur dazu, die Steuerlast zu minimieren. BAYER & Co. aber kriegen den Hals nicht voll. Sie wollen von der Corona-Krise profitieren und nutzen sie, um für Unternehmensteuer-Reduzierungen einzutreten. Bei einigen Politiker*innen haben sie dafür schon offene Ohren gefunden, z. B. bei dem niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU). Ganz zufällig ist bei den Christdemokrat*innen des Bundeslandes BAYERS „Head of Global Finance, Tax & Legal Policy, Till Olaf Voss aktiv. Aktuell sitzt er der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung des Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland vor. ←

(1) Der BAYER-Konzern hat die nominale Steuer-Rate der Länder, also deren offizielle Tarife, noch einmal nach seiner jeweiligen Wirtschaftsleistung in dem jeweiligen Staat gewichtet, so dass Nationen, in denen er besonders viele Aktivitäten verzeichnet, in der Rechnung eine stärkere Berücksichtigung finden.

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung



**Unkonventionelles und
Hintergründiges aus der
vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner
Auslageorten wie Bibliotheken,
Bio- und Umweltläden
oder für jährlich 25 Euro
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de



HV-Prozess: Gutachten macht Verfahrensfehler aus

Blindes Vertrauen



Im Jahr 2017 hatte der BAYER-Konzern auf seiner Hauptversammlung das Versammlungsrecht der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN massiv beschnitten. Die Coordination klagte dagegen durch alle Instanzen – erfolglos. Darum griff sie im November 2020 zum letzten Mittel: Verfassungsbeschwerde. Und jetzt legte die CBG nach. Sie reichte ein Gutachten des Rechtsprofessors Dr. Remo Klinger ein, das ihre juristische Position stützt.

Von Marius Stelzmann

Die Auseinandersetzung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mit BAYER und der Polizei um die Vorgänge bei der Hauptversammlung von 2017 ist mittlerweile vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gelandet. Im November letzten Jahres hatte die Coordination eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Und sie ließ es damit nicht gut sein: Anfang März 2021 stellte die CBG dem höchsten deutschen Gericht ein Gutachten von Professor Dr. Remo Klinger zu, das ihre Position untermauert.

Begonnen hatte der Rechtsstreit nach BAYERS Aktionär*innen-Treffen vom 28. April 2017. Unmittelbar nach der HV hatte die CBG Klage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht eingereicht, da der Konzern vor dem World Conference Center Bonn (WCCB) ein von einem mannshohen Zaun umgebenes Zelt mit Kontroll-Schleusen errichtet hatte, um sich den erwarteten Protest besser vom Leib halten zu können. Offizielle Begründung: Terror-Gefahr! Diese erfordere umfangreiche, im Gebäude selber nicht

durchführbare Sicherheitschecks, erklärte BAYER – und die Polizei schluckte es. Die Grundlagen dieser Sicherheitseinschätzung hat der Leverkusener Multi bis heute weder der Versammlungsbehörde noch später vor Gericht transparent gemacht. Er teilte lediglich die „relevanten Eckpunkte“ mit. Die Versammlungsbehörde schloss sich der Gefahrenprognose dennoch postwendend an und erteilte eine lange Liste mit Auflagen, die das Demonstrationsrecht der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) erheb-

lich beschnitten. Diese griff die unverschämten Anordnungen in Eil-Verfahren umgehend an und erstritt reihenweise juristische Siege: Schlicht unhaltbar waren beispielsweise Vorschriften, die vorsahen, dass Lautsprecherboxen nicht in Richtung der Aktionär*innen zeigen durften. Eine einzige der Auflagen konnte die CBG allerdings nicht zu Fall bringen: Das Zelt blieb, und damit musste die Coordination ihren traditionellen Kundgebungsort direkt vor dem Eingang der Hauptversammlung aufgeben und mit einem Ort weit davon entfernt, ganz am Rand des weitläufigen „Platzes der Vereinten Nationen“, vorliebnehmen.

Auch die Feststellungsklagen der Coordination brachten keinen Erfolg. Die Gerichte zogen die damaligen Entscheidungen nicht in Zweifel. Darum will die CBG jetzt vor dem BVerfG klären lassen, ob die Behörden durch die unkritische Übernahme von Sicherheitskonzept und Gefahrenprognose BAYERs ihre Pflichten verletzt und damit einen Verfahrensfehler begangen haben. Zur Seite steht ihr dabei Professor Dr. Remo Klinger, der mit seinem juristischen Fachwissen schon vielen Initiativen half. Er unterstützte bereits die DEUTSCHE UMWELTHILFE in der Auseinandersetzung um die Einhaltung der Stickstoff-Grenzwerte in deutschen Städten und die damit verbundenen Dieselfahrverbote sowie die FRIDAYS FOR FUTURE mit einer Verfassungsbeschwerde wegen unzureichender Klimaschutz-Gesetze.

Remo Klinger stellt in dem Gutachten heraus, dass Entscheidungen über die Art der Ermittlungen, d. h. auch die Beantwortung der Frage, welche Informationsquellen herangezogen werden, im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde liegen. Zwar kann die Behörde zur Ermittlung von Sachverhalten auf die Prozess-Beteiligten und sonstige Private zurückgreifen. Dies entbindet diese jedoch nicht von der Letztverantwortlichkeit der Sachverhaltsermittlung. Die Behörde kommt ihren Pflichten nur dann ausreichend nach, wenn sie die durch andere Quellen gewonnenen Erkenntnisse überprüft, andernfalls stellt deren Nutzung einen Aufklärungsfehler dar.

So heißt es im Gutachten: „Die Pflicht der Behörde zur eigenen Ermittlung wandelt sich daher vor allem im Grundrechtsschutz zu einer Pflicht zur nachvollziehenden Amtsermittlung.“ Denn die Versammlungsfreiheit ist im Grundgesetz besonders geschützt. Auch die Wahl des Ortes fällt unter das Selbstbestimmungsrecht



Die Festung BAYER bei der Hauptversammlung im Jahr 2017

des Veranstalters, welches alle versamlungsbezogenen Verhaltensweisen schützt. Eine verfassungskonforme Abwägung, ob eine angemeldete Versammlung mit Interessen Dritter kollidiert, obliegt der staatlichen Verantwortung. Diese muss aber den Gewährleistungsgehalt des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit wahren. Um eine Versammlung einschränken zu können, bedarf es einer eigenen Ermittlung. „Die Behörde bleibt danach selbst bei Nutzung der Informationen von Verfahrensbeteiligten verpflichtet, die Angaben inhaltlich auf ihre Plausibilität zu überprüfen und mit dem bisherigen Ermittlungsstand und Erfahrungen aus ähnlichen Verfahren abzugleichen“, hält Klinger mit Verweisen auf die juristische Fachliteratur fest.

Pflichtverletzung

Dieser Verpflichtung ist die Versammlungsbehörde in Bonn nicht nachgekommen. Diese hatte sich nur auf das bloße Wort BAYERs verlassen, um die CBG von ihrem Kundgebungsort zu verdrängen. Einsicht in das Sicherheitskonzept verlangte die Behörde nicht. Auch drang sie später im Prozess nicht darauf, das Dokument allen Verfahrensbeteiligten zugänglich zu machen.

Darüber hinaus hat die Behörde versamlungsrechtliche Informationen wie diejenigen, die sie von BAYER zur angeblichen Sicherheitslage erhielt, mit den Erfahrungen aus ähnlichen Vorgängen abzugleichen. Dies ist in diesem Fall schwerwiegend, da es sowohl vor als auch nach der BAYER-Hauptversammlung eine Reihe

von Veranstaltungen ähnlicher Größe im WCCB gab, die ihre Sicherheitsschleusen nicht in ein externes, umzäuntes Zelt auf dem Vorplatz verlegten. Das Gutachten listet dazu einige Beispiele auf. Hierbei handelte es sich sowohl um politische Großveranstaltungen wie den Bundesparteitag der SPD im Januar 2018 oder den Europa-Parteitag der Linkspartei 2019 als auch um andere Zusammenkünfte. Selbst mehrere Hauptversammlungen zählten dazu. So verzichteten beispielsweise im Mai 2019 die DEUTSCHE POST AG und die LUFTHANSA AG auf ein externes Sicherheitsschleusen bei der HV in dem extra dafür vorgesehenen Raum im WCCB aufzubauen. Auf Fotos, mit welchen der von der LUFTHANSA mit der Organisation des Aktionär*innen-Treffs betraute Dienstleister sein Werk bewirbt, ist klar zu sehen, dass diese Räume allen Sicherheitsbedürfnissen gerecht wurden. Dies hatten von BAYER bestellte Sicherheitsleute bei dem gerichtlichen Begehungstermin des WCCB-Vorplatzes durch die CBG und BAYER explizit in Abrede gestellt. Durch die Errichtung der Sicherheitsschleusen in exakt jenem Raum, in dem die LUFTHANSA sie aufbaute, seien Fluchtwege im Brandfall versperrt. Grobe Fahrlässigkeit bei der LUFTHANSA also? Oder doch eher ein Sicherheitskonzept made by BAYER, das nur als Vorwand zur Abwehr von Konzern-Kritik diente ...

Die im Internet lediglich eine Google-Suche entfernten Informationen belegen:



Die Recherchen der Behörde, falls überhaupt unternommen, wiesen gravierende Mängel auf. Von einer Prüfung, ob Möglichkeiten für effiziente Sicherheitskontrollen im Innern des Gebäudes in baulicher, technischer und räumlicher Hinsicht vorhanden waren, die es gestattet hätten, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht zu beeinträchtigen, kann keine Rede sein. Auch bei den BAYER-Hauptversammlungen der kommenden Jahre überprüften die Behörden das Sicherheitskonzept nicht erneut, sondern übernahmen den alten Sachstand einfach unbesehen. Das Gutachten legt dar, dass eine Beweiswürdigung eine abgeschlossene, vollständige Sachverhaltsmittlung voraussetzt. Die Beweiswürdigung darf die Behörde nicht an Dritte delegieren. Es ist erforderlich, dass sie sich ein eigenes Urteil darüber bildet, ob nach den ermittelten Umständen ein Sachverhalt als erwiesen gilt.

Klarer Befund

Wenn die Behörde gegen die klar definierten Anforderungen an die Sachverhaltsmittlung verstößt, liegt ein Verfahrensfehler vor. Der von der Behörde ergangene Bescheid wird damit rechtswidrig. Im Gutachten wird daher das Fazit gezogen: Eine

ungeprüfte Übernahme des lediglich mündlich mitgeteilten Sicherheitskonzeptes der BAYER AG reicht nicht aus, um das Versammlungsrecht zu beschneiden. Die Behörde hätte die Hinweise der BAYER AG zwar heranziehen und verwerten dürfen. Eine nachvollziehende Beurteilung des Sicherheitskonzeptes wäre jedoch unabdingbar notwendig gewesen. Die von der Versammlungsbehörde vor Gericht bekundete „Kenntnis der relevanten Eckpunkte“ reicht nicht aus. Eine Gefahrenprognose von Amts wegen wird dadurch nicht ausreichend gestützt. Für die Coordination ist dieses Resultat von größter Wichtigkeit, da die Gerichte bisher der Auffassung der Versammlungsbehörde und der von BAYER folgten oder aber die Frage ganz ausklammerten. Die Richter*innen prüften lediglich, ob eine Demonstration unter solchen Bedingungen weiterhin möglich und erfolgversprechend durchführbar war. Dass die CBG in der Not erfinderisch und protest-versiert genug war, um sich von den hindernden Auflagen nicht ins politische Aus manövrieren zu lassen, legten sie absurderweise zu ihren Lasten aus. Diese Auffassung berücksichtigt darüber hinaus nicht, dass die CBG auch die sehr viel schärferen Aufla-

gen erst in Eilverfahren wegklagen musste. Auch das hat einiges Geld gekostet, das die Coordination nicht so einfach zur Verfügung hat und viele andere Initiativen gar nicht aufbringen können. Nicht zuletzt darum lässt die CBG nicht locker und geht bis vor das Bundesverfassungsgericht. Ihr ist es um grundlegende Fragen zu tun, welche den rechtlichen Rahmen von Konzern-Kritik im Allgemeinen betreffen und deshalb auch für andere politische Gruppen von Bedeutung ist. Wenn nämlich Versammlungsbehörden die Erstellung von Gefahrenszenarien komplett Konzernen überlassen, die sich ihrer Kritiker*innen entledigen wollen und keine eigenen Kontrollen durchführt, wird diese hoheitliche Aufgabe faktisch privatisiert. Dies öffnet einem Missbrauch durch große Player Tür und Tor. Das Gutachten klärt auf rechtswissenschaftliche Weise die Fragen, die diesen politischen Auseinandersetzungen zugrundeliegen. Es zieht zu diesen Fragen das nüchterne, verfassungsrechtliche Fazit: Im Rahmen der Beweiswürdigung hätte die Behörde das Sicherheitskonzept inhaltlich auf seine Plausibilität überprüfen müssen, sie hätte em Leverkusener Chemie-Multi nicht „blind vertrauen“ dürfen. ←

BAYER-Aktien: Kritik stärken, Stimmrechte übertragen!

www.cbgnetwork.org/stimmrechte



Übernehmen Sie Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt, wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben. Übertragen Sie die Stimmrechte an die Kritischen BAYER-Aktionär*innen. Noch vor der HV am 27. April.

27.4. live CBG online Protest mit Konstantin Wecker, Sarah Wiener MdEP u.a. Glyphosat-Stopp Jetzt! +++ Agent-Orange-Entschädigungen +++ Profite mit der Gesundheit

✂ Online oder ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
 - Ja, ich spende €
 - Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

Für Abo und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Vorname	Name
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
eMail	Geldinstitut
IBAN	Datum, Unterschrift

Hinweis: Vor gefälligen E-Mails werden wir Sie kontaktieren. Die den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage www.cbgnetwork.org mit dem Beteiligungsdatum, die Erstellung des vollständigen Beitrages verhängen. Es gelten dabei die mit unserer Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gültigkeit: 02/21/150418000002 1020

Wirtschaft anders denken.
print. monatlich.
Testabo: 10 €, 3 Monate.



Natürlich auch digital.

BAYER steigt ins Impfstoff-Geschäft ein

Der CUREVAC-Deal



Rosenmontag in Wuppertal: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet mit Pharma-Vorstand Stefan Oelrich (links) und BAYER-Chef Werner Baumann (rechts) bei der Presse-Konferenz nach seiner Werksbesichtigung

Anfang Januar 2021 vereinbarte der BAYER-Konzern eine Kooperation mit dem deutschen Impfstoff-Entwickler CUREVAC. Damit ist er nun auch ein bedeutender Player auf dem Corona-Markt.

Von Jan Pehrke

„Ich bin sehr froh, dass ein Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, dass die BAYER AG mit diesem Lichtblick erzeugt hat, der mit diesem Impfstoff verbunden ist“, sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet Mitte Februar 2021 bei einem Besuch des Wuppertaler BAYER-Werks. Gerade auch, weil der Ruf der Branche nicht der beste ist, zeigte sich der christdemokratische Politiker erfreut über die Kooperation des Leverkusener Multis mit CUREVAC in Sachen „Covid-19-Impfstoff“: „Es hat sich in den letzten Jahren so eingebürgert, dass man immer auf die Pharma-Industrie schimpft.“ Laschet hingegen will sie hegen und pflegen. „Ich glaube, unser Ziel muss sein, dass

Deutschland wieder der Spitzen-Standort für Pharma-Technologie wird“, meint der CDU-Vorsitzende. Schon aus Gründen der Versorgungssicherheit ist das für ihn von größter Wichtigkeit: „Wir sind froh für jedes Unternehmen, dass hier ist und dass nicht irgendwo in anderen Teilen der Welt so seine Produktion verlagert, dass wir im Ernstfall keinen Zugriff darauf haben.“ Am 7. Januar des Jahres hatte der Agro-Riese seine Zusammenarbeit mit CUREVAC bekanntgegeben. Bei der Durchführung der Klinischen Studien, dem Zulassungs-prozedere, der späteren Überwachung der Sicherheit des Vakzins sowie bei der Organisation der Lieferkette für die benötigten Zusatzstoffe will er „sein Fachwissen und

seine etablierte Infrastruktur“ einbringen, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Zudem hat die Aktien-Gesellschaft sich die Option gesichert, das Vakzin in Ländern außerhalb Europas selbst zu vermarkten. Rund einen Monat später erweiterten die beiden Firmen ihre Verbindung noch einmal. Sie erstreckt sich nun auch auf den Produktionsprozess. Es brauchte für diesen Schritt allerdings einen Anstoß von außen. „In Gesprächen mit der Bundesregierung ist deutlich geworden, dass die Verfügbarkeit von Impfstoffen weiter erhöht werden muss“, erläuterte Pharma-Vorstand Stefan Oelrich. Dementsprechend positiv reagierte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) auf die Meldung:

„Wir freuen uns, dass mit CUREVAC und BAYER zwei deutsche Unternehmen diese Partnerschaft eingegangen sind und weiter vertiefen.“

Natürlich trieb BAYER nur die reine Menschlichkeit zu der Kollaboration. „Aus finanziellen Gründen tun wir das nicht. Wir sehen die große Notwendigkeit“, sagte der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann in einem Interview mit dem Nachrichtensender *ntv*. Der Moderator mochte an eine solche Selbstlosigkeit allerdings nicht so recht glauben. „Jetzt standen Sie ja lange mit dem Pflanzenschutzmittel Glyphosat in der öffentlichen Kritik. Sind Sie eigentlich froh, dass Sie jetzt einmal mit einem Thema in Verbindung gebracht werden, was positiver belegt ist?“, fragte er. Da musste der Ober-BAYER dann ganz schön weit ausholen, um nicht zu antworten. „Unsere Vision ist die Gesundheit der Menschen, aber auch die gesunde Ernährung der Menschen sicherzustellen. Das sind beides ganz, ganz tolle Aufträge, die im Zentrum dessen stehen, was für die Menschen wichtig ist. Und insofern möchte ich da auch nicht differenzieren. Beide Themen sind wichtig, in beiden Bereichen sind wir als verantwortungsvolles Unternehmen ich glaube sehr, sehr gut unterwegs, um die Dinge zu tun, die wir auch im Dienste der Gesellschaft tun können, inklusive der Nachhaltigkeit. Und dazu gehört auch der Pflanzenschutz, und dazu gehört auch Glyphosat“, lavierte Baumann herum.

Verlängerte Werkbank

Die *FAZ* zeigte sich gleich gewillt, zum Image-Wandel des Global Players beizutragen. „Die Welt hofft jetzt auf Wuppertal“, meinte das Frankfurter Blatt ausgemacht zu haben. Das *Handelsblatt* hingegen reagierte weniger euphorisch auf den Deal, den PFIZER in ähnlicher Form mit BIONTECH abgeschlossen hatte. „Die Pharma-Branche erlebt eine bedenkliche Verschiebung der Macht. In der Corona-Krise werden etliche Pharma-Konzerne zur verlängerten Werkbank der Impfstoff-Pioniere – eine Entwicklung, die ‚Big Pharma‘ und ihren Investoren zu denken geben sollte“, mahnte die Wirtschaftszeitung. Auch CUREVAC-Gründer Ingmar Hoerr sieht BAYER & Co. in der Defensive. „[I]ch bin davon überzeugt, dass Covid einen völligen Paradigmen-Wechsel mit sich bringt, weg von der Big-Pharma-Industrie, wie sie bisher war“, sagte er in einem *FAZ*-Interview. „Die großen Pharma-Konzerne müssen immer ihre Märkte und Krankheiten



Foto: CUREVAC

CUREVAC-Labor

im Auge behalten und die Technologien, die sie anbieten können“, so der Biologe. Er hatte vor 20 Jahren mit der Forschung an einem neuen Impfstoff begonnen, der nicht mehr die ganze DNA eines Virus enthält, um den menschlichen Organismus zur Bildung von Antikörpern anzuregen, sondern nur noch die mRNA. Daher bildet sie den Erreger auch nicht mehr komplett nach, was die Gesundheitsgefahren reduzieren soll. „Kein Konzern hat einen so langen Atem, um eine Vision zu verfolgen, hält Hoerr fest. Der Wissenschaftler hat ursprünglich selber eine Position bei den Großen der Branche angestrebt, entschied sich dann aber um, weil er dort zu wenig Entfaltungsmöglichkeiten für sich ausmachte. „Wenn ich meinem Abteilungsleiter aber gesagt hätte, ich habe hier etwas Spannendes auf RNA-Ebene entdeckt, hätte er wohl geantwortet: Ja, das ist schon spannend, aber wir kümmern uns erst mal um die Programme, die wir besprochen haben“, denkt der Forscher. Werner Baumann antwortete auf die Frage, warum BAYER nicht selbst in die Impfstoff-Entwicklung eingestiegen ist: „Wir sind traditionell kein Impfstoff-Hersteller, und es gibt für die traditionelle Impfstoff-Herstellung einige sehr große, auch mit großer Expertise ausgestattete Wettbewerber. Und dann für uns in dieser Situation aus der Position eines in diesem Bereich bisher nicht tätigen Unternehmens diese Expertise aufzubauen, hätte überhaupt keinen Sinn gemacht.“ Tatsächlich verfügte der Leverkusener Multi einmal über diese Expertise. Im Jahr 2004 aber wickelte er das Geschäftsfeld „Infektionskrankheiten“ gemeinsam mit den Sektionen „Asthma“ und „Urologie“ ab. Der Konzern vollzog zu dieser Zeit einen Strategie-Wechsel. Er wollte sich fortan auf viel Gewinn versprechende „High priority“-Projekte wie etwa Krebs-

Therapeutika konzentrieren und nicht länger ein umfassendes Arznei-Angebot bereitstellen.

Andere große Arznei-Unternehmen stellen die Arbeit an Impfstoffen ebenfalls ein. Mittel gegen Infektionskrankheiten zu entwickeln, die vielleicht alle zehn, fünfzehn Jahre mal ausbrechen, vielleicht aber auch nicht, bietet Big Pharma kaum Aussicht auf verlässliche Renditen. Darum gibt es heute nur noch vier große Anbieter auf dem Markt. Und von den bisher zugelassenen Vakzinen gegen Corona entstammt keines ihren Laboren. Hochschul-Wissenschaftler*innen oder kleine Start-Ups haben sie entwickelt, Die Pillen-Riesen kamen stets erst später dazu, wenn sich die Risiken als überschaubar erwiesen und sie kaum eigenes Geld zu investieren brauchten.

Das kam hauptsächlich von der öffentlichen Hand oder aus privaten Quellen. Bei CUREVAC ist der SAP-Gründer Dietmar Hopp der Hauptförderer. Er hält auch die Mehrheit der Aktien. Von der Bundesregierung erhielt die Tübinger Firma 251 Millionen Euro an Subventionen und BIONTECH sogar 375 Millionen. So ganz uneigennützig geschah das natürlich nicht. „Von den Firmen wurde im Gegenzug erwartet, dass sie einen angemessenen Anteil der Produktion eines zugelassenen COVID-19-Impfstoffes für die bedarfsgerechte Versorgung in Deutschland zugänglich machen“, konstatieren CDU und SPD in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Und CUREVAC konnte noch mehr Gelder akquirieren. Die von Deutschland mitgetragene internationale Impfstoff-Allianz CEPI, zu der außerdem noch Einrichtungen wie die Weltgesundheitsorganisation und die „Bill & Melinda Gates Foundation“ (BMGF) gehören, gab 34 Millionen Dollar und die BMGF allein noch einmal 46



Millionen Euro. Überdies unterstützt die Europäische Investitionsbank den Aufbau der Vakzin-Produktion mit einem Darlehen von 75 Millionen Euro.

Aber Merkel & Co. gingen noch weiter. Als Gerüchte um einen Börsengang der Firma in den USA sowie um das Bemühen Donald Trumps, CUREVAC in die USA zu locken, die Runde machten, stieg der Bund direkt bei der Tübinger Firma ein. Für 300 Millionen Euro erwarb er Mitte Juni 2020 23 Prozent der Anteile an dem Unternehmen; nach einer Kapital-Erhöhung schrumpfte die Beteiligung dann auf rund 17 Prozent. Es gelte, „elementare Schlüsselindustrien am Standort zu erhalten und zu stärken“ sowie die industrielle Souveränität Deutschlands zu wahren, erklärte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) damals zum Sinn der Übung.

Das Objekt der Begierde

Was da konkret die Begehrlichkeiten weckt, steckt noch in der Phase der klinischen Erprobung. Trotzdem hat die Europäische Union schon einen Liefer-Kontrakt mit CUREVAC abgeschlossen und dabei alle Risiken auf sich genommen. „Die Vertragsparteien erkennen an, dass die beschleunigten Entwicklungszeiten für die Durchführung der mit der EMA (*Europäische Arzneimittel-Behörde, Anm. SWB*) vereinbarten klinischen Prüfung und des Folge-Programms bedeuten, dass der Auftragnehmer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses APA (*Advance Purchase Agreement = Kauf-Vereinbarung, Anm. SWB*) unter keinen Umständen garantieren kann oder die Haftung dafür übernimmt, dass das Produkt letztendlich verfügbar sein

oder die gewünschten Ergebnisse erzielen wird, d. h. eine ausreichende Wirksamkeit zur Verhinderung einer COVID-19-Infektion aufweist oder ohne akzeptable Nebenwirkungen ist“, heißt es in dem Dokument.

Die EU stellt CUREVAC also einen Blanko-Scheck aus. 225 Millionen Dosen des Impfstoffes CVnCoV zu einem Einzelpreis von zehn Euro hat sie vorab erworben. Darüber hinaus sicherte sich Brüssel eine Option auf 180 Millionen weitere Impfdosen von CUREVAC.

Deutschland erhält aus diesem Kontingent 54,1 Millionen Dosen. Zudem hat die Bundesregierung mit CUREVAC einen Vertrag über eine Option auf 20 Millionen weitere CVnCoV-Dosen abgeschlossen. „Das Mandat für die Impfstoff-Beschaffung auf EU-Ebene sieht vor, dass die teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten keine eigenen Abschlüsse einer Abnahme-Garantie für den Impfstoff mit demselben Hersteller einleiten. Art. 7 ESI-Agreement verbietet indes nicht den Abschluss von Absichtserklärungen“, erklärt die Große Koalition zu ihren kleinen Sonderwegen bei der Vorratsbeschaffung.

Die Nebenwirkungen

Die Resultate aus der Zulassungsstudie kündigt CUREVAC für die Mitte des 2. Quartals 2021 an. Im Moment befindet sich der Impfstoff noch in der letzten Phase der Erprobung. Wie die anderen Vakzine auch, durchläuft CVnCoV ein beschleunigtes Verfahren, bei dem zweiter und dritter Teil der Arznei-Prüfung zusammengelegt sind. Das birgt viele Gefahren, besonders weil es sich bei CVnCoV & Co. um Gentech-Produkte handelt, also um solche, die tief

und unrückholbar in organische Prozesse eingreifen und überdies in diesem Bereich noch nie zur Anwendung kamen. Dementsprechend liegen noch keinerlei Erfahrungen zu ihnen – möglicherweise auch langfristigeren – Risiken und Nebenwirkungen vor. Und die bisherigen klinischen Prüfungen können da nicht eben als vertrauensbildende Maßnahmen gelten. So musste etwa JOHNSON & JOHNSON im Oktober 2020 seine Studie mit Ad26.COV2.S nach einer „unerklärten Erkrankung“ eines Probanden für vier Wochen unterbrechen. Besonders die Tests von ASTRAZENECA werfen viele Fragen auf. Eine größere Studie mit nur einer Dosis erbrachte keinen ausreichenden Wirksamkeitsnachweis. Daraufhin führte der Konzern mehrere kleine Untersuchungen mit zwei Dosen durch, variierte aber den Abstand zwischen den Verabreichungen von sechs bis hin zu 23 Wochen. Zudem hat die Firma aus mehreren Untersuchungen ein „Best of“ kompiliert. Ein „heilloses Durcheinander“ nannte das der Pharmazeut Thomas Dingermann. Zwei dieser Erprobungsreihen akzeptierte die EMA dann auch nicht, und im März diesen Jahres meldete die zuständige US-amerikanische Behörde NIAID ebenfalls ernsthafte Zweifel ob der Belastbarkeit der Daten an. In der Praxis hatte das ernsthafte Konsequenzen: Es traten mit Thrombosen lebensgefährliche Nebenwirkungen auf, die in den Studien-Protokollen nicht vermerkt waren und zu einer zeitweiligen Aussetzung der Impfungen führte.

Zum CUREVAC-Präparat liegen bisher nur zur ersten Phase der klinischen Erprobung Resultate vor. Da testete das Unterneh-



Seit mehr als 40 Jahren bringt die ila kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all der anderen Kräfte, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die ila wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de



men die Verträglichkeit der Arznei an 250 Proband*innen. An Nebenwirkungen registrierten die Wissenschaftler*innen 19 Fälle von Schwindel, 15 Fälle von Herzrasen, Nacken- oder Unterleibschmerzen, 13 Fälle von Herzklopfen, Halsentzündung, Geschmacksstörungen oder Müdigkeit, sechs Fälle von Parästhesien, also Symptome wie Haut-Kribbeln, Jucken oder Schwellungsgefühle, sowie drei Fälle von Brustschmerzen und Durchblutungsstörungen. Reaktionen, die der Definition nach als schwere Nebenwirkungen einzustufen sind, verzeichneten die Forscher*innen nicht.

Aussagekräftigere Angaben zu den Risiken der mRNA-Impfstoffe erlauben die Daten, die das „Paul Ehrlich Institut“ (PEI) über die beiden bisher zugelassenen Substanzen Comirnaty von BIONTECH/PFIZER und COVID-19-Vaccine Moderna von MODERNA zusammengetragen hat. Im Zusammenhang mit den 5.378.703 Millionen Comirnaty-Impfungen gingen in dem Zeitraum vom 27. Dezember 2020 bis zum 26. Februar diesen Jahres 8.368 Meldungen über Nebenwirkungen ein. Bei den 168.189 MODERNA-Impfungen traten 484 Mal Komplikationen auf. Mit 1,6 bzw. 2,9 Fällen pro 1.000 Impfungen lagen die beiden mRNA-Vakzine damit unter dem Wert des Stoffes von ASTRAZENECA, der auf eine Zahl von 7,6 kommt.

Nebenwirkungen mit Todesfolge zählte das Institut bei Comirnaty 269, wobei es relativiert: „Der zeitliche Zusammenhang zwischen Impfung und dem tödlichen Ereignis variierte zwischen einer Stunde und 34 Tagen nach der Impfung.“ In Verbindung mit dem MODERNA-Vakzin

registrierte die Behörde lediglich einen Todesfall. Allergische Schock-Reaktionen, sogenannte Anaphylaxien, wie sie generell bei Impfstoffen gefürchtet sind, verzeichnete das PEI bei den mRNA-Präparaten bisher nicht. Es verwies aber auf Zahlen aus den USA, die bei Comirnaty 4,7 Anaphylaxien pro eine Million Impfdosen ausweisen und bei MODERNA 2,5. Insgesamt führt die Einrichtung bei Comirnaty 1.705 schwerwiegende Nebenwirkungen auf und bei der MODERNA-Substanz 107. Zu den häufigsten unerwünschten Reaktionen zählen bei den beiden Arzneien Kopfschmerzen, Fieber, Gliederschmerzen, grippe-ähnliche Symptome und Schmerzen an der Einstich-Stelle.

Überdies berichtet der GEN-ETHISCHE INFORMATIONSDIENST von Erfahrungen mit mRNA-Vakzinen, die gegen HI- und Zika-Viren zum Einsatz kamen und Ödeme sowie multiple Entzündungsprozesse auslösten. Auch schlugen einige der durch den Impfstoff erzeugten Antikörper aus der Reihe und riefen schwere Lungenentzündungen hervor, indem sie Gedächtniszellen aktivierten, die ihren Ursprung früheren Infektionen verdanken. Zur Entstehung solcher Gedächtniszellen können die mRNA-Substanzen auch selber beitragen.

Ein großes Problem stellt ferner die Anforderung dar, die Stabilität der Stoffe zu gewährleisten. Schon die bei manchen Produkten nötige extreme Kühlung ist ein Indiz für den Aufwand, der dazu getrieben werden muss. Unterlagen der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA, die nach einem Hackerangriff an die Öffentlichkeit gelangten, wirken da nicht eben vertrau-

enserweckend. So war bei den zum Verkauf bestimmten Chargen des Impfstoffes von BIONTECH nur 55 Prozent der mRNA intakt; die bei den Zulassungsstudien verwendeten Substanzen kamen immerhin auf einen Anteil von etwa 78 Prozent. Das berichtete die Medizin-Journalistin Serena Tinari im *British Medical Journal* nach Sichtung des Materials. „Große Sorgen“ machte dieser Befund den EMA-Begutachter*innen den Dokumenten zufolge. Die Bedenken verschwanden dann aber relativ schnell wieder, als PFIZER zusicherte, das Qualitätsmanagement zu verbessern. Die neuen Vakzine bestanden dann wieder zu 70 bis 75 Prozent aus unversehrter mRNA, was der Amsterdamer Behörde schließlich für die Zulassung reichte. CUREVAC kennt diese Schwierigkeiten angeblich nicht. Stabilitätstests bezüglich der Temperatur, aber auch der Rüttelfestigkeit hätten sehr gute Ergebnisse gezeigt, bekundete das Unternehmen der FAZ zufolge.

Europe first

Wie die Komplikationen bei der Fertigung von Comirnaty zeigten, funktionierte PFIZER nicht einmal als verlängerte Werkbank reibungslos. Bei anderen Herstellern traten ähnliche Mängel auf. Und damit begann das Gerangel um das kostbare Gut. Die Sonntagsreden mit ihren Beteuerungen, die ärmeren Länder bei der Versorgung mit den Arzneien nicht zu vergessen, gerieten darüber schnell in Vergessenheit. Hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Mai 2020 noch beteuert, Brüssel arbeite daran, dass Vakzine „in jede Ecke der Welt zu einem fairen

isw institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

Franz Gornwetter – Roland Charles Pauli – Willy Sebautski

Gegen die Zerstörung des Planeten

WIRTSCHAFTSWACHSTUM AUF DEM PRUFSTAND

Nachhaltige Ökonomie
Mobilitäts- und Verkehrswende



isw REPORT NR.123
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Können wir unser westliches materiell reiches Lebens- und Wirtschaftsmodell langfristig fortführen? Und auf alle Menschen dieser Erde ausweiten? Das ist die Leitfrage in diesem isw-report. Die drei Autoren machen sich mit unterschiedlicher Perspektive daran, Antworten zu finden. Belegt wird die Überforderung von Natur und Umwelt durch permanenten Einkommens- und Konsumzuwachs; skizziert werden verschiedene Konzepte eines ökologischen Umbaus; analysiert wird die Fehlentwicklung von Automobilität.

isw-report 123 Dez. 2020 / 52 S. / 4,50 EUR + Versand

In 13 Kapiteln – Arbeitslosigkeit/Beschäftigung, Armut, Außenhandel, Wachstum/Inflation, Einkommensverteilung, Gewinne, Investitionen, Löhne, Öffentliche Haushalte, Klima, Produktivität, Reichtum, Steuern – untersuchen die Autoren, wie sich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation im Pandemiejahr 2020 entwickelt hat.

isw-wirtschaftsinfo 58 März 2021 / 56 S. / 5,00 EUR + Vers.

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

isw-wirtschaftsinfo 58
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.
Schutzgebühr: 5,00 EUR April 2021

BILANZ 2020
Ausblick 2021
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Pandemie





Die INTERVENTIONISTISCHE LINKE demonstriert für eine gerechte Vakzin-Verteilung

und erschwinglichen Preis verteilt werden“, so erklärte sie im März 2021: „Jetzt gibt es erstmal einen ziemlichen Druck in den Mitgliedsstaaten, selbst Impfstoff zu bekommen.“ „Impfstoff-Nationalismus“ hieß das Gebot der Stunde, und Export-Verbote standen zur Debatte.

Während sich einige Staaten wie z. B. Kanada bereits das Fünffache des Bedarfs gesichert haben, gingen zahlreiche Nationen leer aus. „Gerade einmal zehn Länder haben 75 Prozent aller COVID-19-Impfstoffe verabreicht. Gleichzeitig haben mehr als 130 Länder noch keine einzige Dosis erhalten“, kritisierte der UN-Generalsekretär António Guterres am 17. Februar in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dann auch. Ende März waren es noch 36 Staaten.

Es ist an China, die Armutregionen mit Vakzinen zu versorgen. Das Reich der Mitte will seine Vakzine rund 150 Staaten zum Selbstkostenpreis liefern. Im Westen indes gibt es zur Zeit kaum frei verfügbare Substanzen. Für den größten Teil dessen, was in diesem Jahr noch die Fabriken von PFIZER & Co. verlässt, existieren bereits Kauf-Verträge. Dementsprechend hat die Impfstoff-Initiative COVAX, von der Weltgesundheitsorganisation, CEPI und der EU ins Leben gerufen, um für eine global gerechte Distribution des Impfstoffes zu sorgen, das Nachsehen. Gerade einmal 200 Millionen Dosen hat sie bislang für die mehr als 90 ärmeren Länder mit einer Gesamtbevölkerungszahl von rund vier Milliarden Menschen erwerben können. Und Schwellenländer fallen ganz durchs COVAX-Raster, obwohl sie wie Kolumbien an ihre Grenzen stoßen, wenn MODERNA etwa 30 Dollar pro Dosis verlangt. Nur ASTRAZENECA vermarktet sein Produkt in Pandemie-Zeiten zum Selbstkostenpreis und tut über seine Kooperation mit dem Konzern SERUM INSTITUTE OF INDIA

auch einiges für die gerechte Verteilung. CUREVAC hingegen zeigt sich in dieser Beziehung deutlich zurückhaltender. Der Kontrakt, den die Firma mit der Europäischen Union geschlossen hat, erlaubt dieser zwar die Weitergabe von CVnCoV an bedürftige Staaten, aber Brüssel braucht dafür das Ja-Wort aus Tübingen. Auch wenn die EU-Kommission darum vorerst nicht anhalten wird – Ursula von der Leyen hat Spenden erst einmal abgeschlossen – ist eine solche Zustimmungsklausel nach Einschätzung des FDP-Politikers Andrew Ullmann nicht ohne. Dadurch könne es zu gefährlichen Verzögerungen kommen, warnt er laut *Tagesspiegel*. Und bei dieser Kritik blieb es nicht. Im Dezember 2020 landete CUREVAC beim Impffairnesstest der Initiative ONE mit einem von fünfzehn möglichen Punkten auf dem letzten Platz. Die Nicht-Beteiligung an COVAX sowie die Weigerung, CVnCoV zu erschwinglichen Preisen anzubieten und sich auf politischer Ebene für Verteilungsgerechtigkeit einzusetzen, führten zu der schlechten Bewertung. Inzwischen hat die Aktien-Gesellschaft jedoch noch einmal punkten können. Zudem gibt es erste Gespräche mit COVAX.

Patente töten

Die Liefer-Probleme treten auf, weil die Herstellungskapazitäten nicht ausreichen. Auch CUREVAC hatte darunter zu leiden. „Es gab einen Riesenansturm auf die Ausrüstung“, klagte der Unternehmensleiter Hans-Werner Haas bei einer Anhörung im Europa-Parlament. Da es unter dem gegenwärtigen Produktions- und Preisregime offensichtlich nicht möglich ist, allen Menschen auf der Welt Zugang zu den Impfstoffen zu verschaffen, fordern die ärmeren Länder ein zeitweises Aussetzen der Patente, um so die Fertigung anzukurbeln. Einen entsprechenden Antrag haben

Indien und Südafrika bei der Weltgesundheitsorganisation eingereicht. Der südafrikanische WTO-Bevollmächtigte Mustaqueem De Gama sieht in der temporären Aufhebung der Schutzrechte ein probates Mittel gegen den „Impf-Nationalismus“ der reicheren Staaten. „50 Prozent der bis zum 22. Februar injizierten 200 Millionen Impfdosen verabreichten die USA, Großbritannien und die EU“, so De Gama.

Die Initiative fand breite Unterstützung. Mehr als 100 Staaten stellten sich hinter Südafrika und Indien. Auch der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Tedros Adhanom Ghebreyesus, und Winnie Byanyima vom AIDS-Programm der UN begrüßten den Vorstoß. „Wir sollten nicht wiederholen, was bei der AIDS-Krise in der Welt geschehen ist. Wir haben zehn Jahre verloren und Millionen HIV-Positive sind gestorben, weil wir auf Zugeständnisse der Pharma-Industrie gewartet haben“, erklärte sie. Susan Bergner, bei der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ für globale Gesundheitsfragen zuständig, spricht sich ebenfalls dafür aus: „Die Länder des globalen Südens müssen dringend Produktionskapazitäten für Impfstoffe aufbauen können. Da würde eine zeitweise Aussetzung der Patentrechte der Pharma-Konzerne helfen.“

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) teilt diese Auffassungen und ging am 23. Januar 2021 für die Freigabe der Patente auf die Straße. Überdies zählt sie mit zu den Unterzeichner*innen des Aufrufs „Patente töten“, den die BUKO PHARMA-KAMPAGNE gemeinsam mit anderen Organisationen gestartet hat. „Das Patent-System hat die Wissensproduktion im medizinischen Bereich auf Gewinn-Maximierung und Kapitalerträge ausgerichtet und nicht auf die Erforschung und Entwicklung lebensrettender Medikamente und deren gerechte Verteilung“, heißt es darin. Dementsprechend entwickelt die Pharma-Industrie dem Appell zufolge hauptsächlich Arzneien, die viel Profit auf den rentablen Märkten der Wohlstandsländer abwerfen. „Den globalen Gesundheitsbedürfnissen wird sie dabei nicht gerecht. Und das Patent-System sorgt dafür, dass auch jene Medikamente hochpreisig gehalten werden, deren Entwicklung auf öffentlich finanzierter Forschung basiert“, kritisieren die Gruppen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erhielt in der Sache einen Offenen Brief, der die CDU-Politikerin dazu anhielt, sich für die Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums an den Corona-Impfstoffen

ein-zusetzen: „Angesichts einer globalen Gesundheitslage, in der Forschung und Entwicklung durch große Mengen öffentlicher Gelder finanziert wurden, ist es einfach unverschämt, dass diese wenigen Pharma-Unternehmen von ihren Patent-Monopolen profitieren, während die Welt leidet.“

CUREVAC bekam ebenfalls Post. Die BUKO PHARMA-KAMPAGNE, ONE, OXFAM und andere wandten sich an den Firmen-Leiter Franz-Werner Haas. „Wir sind der Überzeugung, dass diese massive öffentliche Unterstützung auch mit der Verpflichtung einhergeht, Menschen weltweit Zugang zu Covid-19-Impfstoff zu gewähren. Wir bitten Sie daher darzulegen, welche konkreten Maßnahmen Sie hinsichtlich der wichtigen Aspekte Transparenz, Bezahlbarkeit, Lizenzierung, Technologie-Transfer und garantiertem gerechten Zugang ergreifen werden, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden“, forderten die Absender ihn in dem Brief auf.

Tatsächlich sprach Haas sich in einem Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* für eine befristete Aufhebung der Patente aus. Praktische Konsequenzen hatte das allerdings bisher nicht. Und den Leverkusener Multi dürfte der Pharma-Manager

dafür kaum gewinnen können. Der Konzern lehnt eine solche Sonder-Regelung rigoros ab. „Eine Art Not-Impfstoffwirtschaft bringt überhaupt nichts“, so BAYER-Chef Werner Baumann. Dabei stößt er auf eine breite Unterstützung der Branche. „Es muss dabei bleiben, dass die Unternehmen Eigentümer ihrer Entwicklungen bleiben“, dekretiert Han Steutel, Präsident des von BAYER gegründeten „Verbandes der Forschenden Arzneimittel-Hersteller“ VFA. Auch dessen europäische und internationale Pendants, der EPFIA und der IFPMA, verwehren sich gegen eine solche Maßnahme. Und als die Universität Oxford im April letzten Jahres erklärte, den von ihr entwickelten Corona-Impfstoff jedem Unternehmen zur Verfügung stellen wollen, das ihn produzieren kann, intervenierte die „Bill & Melinda Gates Foundation“ erfolgreich. Schlussendlich schloss die Hochschule mit ASTRAZENECA einen Exklusiv-Vertrag ab.

Die Politik steht dabei hinter den Pillen-Riesen. „Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass Fragen des geistigen Eigentums ein echtes Hindernis auf den Zugang zu Covid-bezogenen Technologien darstellen“, erklärte die EU-Kommission. Und die Große Koalition hielt in ihrer Antwort auf

eine Kleine Anfrage der Partei „Die Linke“ fest: „Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass der Zugang zu einem zukünftigen Impfstoff gegen COVID-19 ein öffentliches Gut ist, die Zugangsproblematik allerdings nicht auf die Frage der Schutzrechte vereinfacht werden darf, sondern nur ein ganzheitlicher Ansatz erfolgversprechend ist.“ Darum trägt sie den WTO-Antrag Südafrikas und Indiens auch nicht mit und weiß sich darin mit den Staatsoberhäuptern der meisten Industrie-Staaten einig, weshalb die Chancen für eine Aussetzung der Schutzrechte nicht groß sind.


Also mal wieder blendende Zeiten für die Pillen-Konzerne. Sie können ihre Patente behalten und trotzdem Subventionen ohne Ende einstreichen, erhalten obendrein noch Abnahme-Garantien für Medikamente, die ihren Nutzen noch gar nicht erwiesen haben – so viel Planwirtschaft darf sein – und müssen für ihre Arzneien noch nicht einmal haften, wenn mit ihnen etwas schief geht. Und was bieten sie für ihre risiko-lose Profit-Vermehrung? Nichts. „Im Gegenzug sollte die Welt einfach darauf vertrauen, dass sie sich anständig verhalten“, wie die Organisation CORPORATE EUROPE WATCH bemerkt. ◀

spw

Heft 241
Ausgabe 6 - 2020 | 7,00 Euro

Ökologischer Umbau

Olaf Bandt
Ökologisch-soziale Gemeinwirtschaft. Wege aus der Umweltkrise
 Dieter Klein
Sozial-ökologische Transformation – Lernprozesse für die Linke
 Holger Rogall
Selektives Wachstum
 Svenja Schulze
Für eine sozial-ökologische Industriestrategie



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

www.spw.de



Klage gegen BAYER-Tochter MONSANTO

In Sachen „Agent Orange“



Klägerin Tran To Nga

Ende Januar 2021 begann in Frankreich der Prozess gegen die BAYER-Tochter MONSANTO und dreizehn andere Firmen, die während des Vietnam-Krieges das Pestizid Agent Orange an die US-Armee geliefert hatten. Die Klägerin Tran To Nga verlangt von den Konzernen Schadensersatz für die gesundheitlichen Schäden, die sie durch den Einsatz des Mittels als Chemie-Waffe erlitten hat.

Von Jan Pehrke

„Sie versprühten so viel Agent Orange, dass man am Ende ganz nass war“, erinnert sich Tran To Nga an den Tag im Dezember 1966, an dem sie zum ersten Mal mit dem Herbizid in Berührung kam. Transportmaschinen des Typs Fairchild C-123 hatten sich im Tiefflug genähert und ein

weißes Pulver herabrieseln lassen. „Das Pulver verwandelte sich in eine klebrige Flüssigkeit, die meinen Körper umschloss. Ich musste husten und hatte das Gefühl zu ersticken“, so die 78-Jährige. Noch zwei weitere Male sollte sie im Verlauf des Vietnam-Krieges zu den Opfern sol-

cher Einsätze zählen. Die Folgen spürt die Frau bis heute. Sie leidet unter der Blutkrankheit Alpha-Thalassämie, unter Chlorakne und einer Herzfehlbildung, die sie ihrer ersten Tochter weitervererbte. Schon nach 17 Monaten starb das Kind daran. Auch die anderen beiden Töchter

Trans sind gezeichnet. Bei einer von ihnen diagnostizierten die Ärzt*innen wie bei ihrer Mutter Alpha-Thalassämie, bei der anderen Asthma.

Eine Entschädigung dafür hat Tran To Nga, die heute in Frankreich lebt, bisher so wenig erhalten wie die anderen vietnamesischen Geschädigten. Darum entschloss sie sich im Jahr 2014 zu einem Prozess gegen die Produzenten des Herbizids. Ursprünglich richtete sich die Klage gegen 26 Firmen, übrig blieben schließlich 14, darunter die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO (zur Rolle BAYERS im Vietnam-Krieg siehe S. 26 ff.). „Ich kämpfe nicht für mich selbst, sondern für meine Kinder und die Millionen von Opfern“, sagt Tran über ihre Motivation. Um das zu ermöglichen, hat sie eine Vergleichslösung bereits abgelehnt. Die Frau will einen Präzedenz-Fall schaffen und strebt deshalb eine eindeutige Verurteilung der Konzerne an.

Die Anwält*innen der Unternehmen setzten derweil auf eine biologische Lösung und spielten von Beginn an auf Zeit. Aber Ende Januar 2021 wurde dann nach sechs Jahren doch der erste Gerichtstermin anberaumt. Die Winkeladvokat*innen plädierten bei der Anhörung in Evry nahe Paris erwartungsgemäß auf „nicht schuldig“. Agent Orange sei „unter der alleinigen Verantwortung der amerikanischen Regierung für rein militärische Zwecke hergestellt worden“, erklärte der Leverkusener Multi laut FAZ, es sei die US-Administration gewesen, die „bestimmte, wann, wo und wie das Mittel vor sechs Jahrzehnten verwendet wurde“.

Schon die Zuständigkeit des Gerichts zog BAYERS Rechtsvertreter Jean-Daniel Bretzner in Zweifel. Er bestritt diesem das Recht, über die Verteidigungspolitik eines souveränen ausländischen Staates in Kriegszeiten zu richten. „Das widerspricht grundsätzlich dem positiven Recht“, so Bretzner. „Sie können sagen, was sie wollen: Geben denn Kriminelle immer zu, dass sie Kriminelle sind“, sagt Tran To Nga zu solchen Einlassungen.

Und die Beweise für die aktive Rolle, die MONSANTO im „Herbicidal warfare“ spielte, liegen dann auch auf dem Tisch. Bereits seit 1950 befand sich das Unternehmen im regen Austausch mit der Chemiewaffen-Abteilung des Militärs über die Kriegsverwendungsfähigkeit des Wirkstoffs 2,4,5-T. Die entsprechende Akte ist 597 Seiten stark und zu



US-Flugzeuge versprühen Agent Orange

großen Teilen immer noch als „geheim“ deklariert. Überdies wusste das Unternehmen schon früh um die Gefährlichkeit des Stoffes. Aber bei einem Treffen mit weiteren Herstellern des Produkts zur Erörterung der Gesundheitsgefahren übte MONSANTO Druck auf die Vertreter*innen anderer Firmen aus, der Regierung der Vereinigten Staaten diese Risiken zu verheimlichen. „Ein kausaler Zusammenhang zwischen Agent Orange und chronischen Krankheiten

beim Menschen konnte nicht nachgewiesen werden“, behauptete die Aktiengesellschaft stets in der Öffentlichkeit.

Nicht weniger als 46 Millionen Liter Agent Orange und dazu noch einmal 34 Millionen Liter anderer Pestizide gingen im Zuge der „Operation Hades“, die später unter dem Namen „Operation Ranch Hand“ firmierte, auf den südostasiatischen Staat nieder. Die Nachfrage des „U. S. Chemical Corps“ war so groß, dass die Firmen mit der Produktion gar nicht mehr nachkamen und bei der Fertigung Fehler machten. Sie verunreinigten das 2,4,5-T mit Dioxin. 400 Kilogramm dieser Verbindung gelangte auf diese Weise nach Vietnam. Zum Vergleich: Nach einer von Marie-Monique Robin in ihrem Buch „Mit Gift und Genen“ zitierten Studie reichen 80 Gramm der Substanz im Trinkwasser-Netz einer Stadt

aus, um acht Millionen Einwohner*innen zu töten. Durch diese Extra-Ladung Dioxin potenzierte sich die fatale Wirkung des Agent Orange noch, die ohnehin schon immens war. Die Konzentration der Inhaltsstoffe überstieg nämlich diejenige, die sich in dem für „zivile“ Zwecke genutzten Agent Orange findet, um das 50-Fache.

Die US-Armee nutzte den Stoff als Entlaubungsmittel, um die sich im Dschungel verborgen haltenden Vietcong besser vor die Zielfernrohre zu bekommen. Überdies diente er dem Kriegsziel, die Ernten des Gegners zu vernichten und so eine Nahrungsmittel-Krise auszulösen. Eine Fläche von 3,3 Millionen Hektar geriet ins Visier der Sprüh-Flugzeuge, was einem Viertel des Staates entspricht. Über 3.000 Dörfer flogen die Pilot*innen an.

Mehr als 4,8 Millionen Vietnames*innen waren so den zu Chemiewaffen umgerüsteten Pestiziden ausgesetzt. Drei Millionen von ihnen leiden noch heute darunter. Krankheiten wie Leukämie, Lungen-, Brust- und Leberkrebs, Diabetes, Tuberkulose und chronische Kopfschmerzen lösten die Mittel aus. Über 100.000 Kinder kamen mit Fehlbildungen auf die Welt.

Auch viele GIs erlitten durch Agent Orange Gesundheitsstörungen und führten so MONSANTOs patriotischer Beteuerung, der Einsatz des Mittels sei erfolgt, „um das Leben der US-Soldaten und ihrer Verbündeter zu schützen und zu retten“, ad absurdum. Die Armee-Angehörigen

„Ich kämpfe nicht für mich selbst, sondern für meine Kinder und die Millionen von Opfern“



zogen vor Gericht, um die Konzerne zur Rechenschaft zu ziehen. 180 Millionen Dollar musste MONSANTO ihnen 1984 gemeinsam mit anderen Chemie-Riesen im Rahmen eines Vergleichs zahlen und fast die Hälfte der Summe selbst aufbringen, da sein Agent Orange den höchsten Dioxingehalt aufwies. Vietnames*innen haben dagegen überhaupt noch kein Geld von den Produzenten der Pestizide erhalten. Eine entsprechen-

de Klage wies der Oberste Gerichtshof der USA im Jahr 2009 ab. „Der Krieg bleibt bis hin zum Umgang mit den Opfern asymmetrisch“, konstatiert die französische Zeitung *Libération*. Das zeigte sich auch beim Prozess von Tran To Nga. Mit 30 hochbezahlten Anwalt*innen in Diensten von BAYER & Co. müssen es ihre drei Anwalt*innen, die ehrenamtlich arbeiten, aufnehmen. Aber die Frau wusste, worauf sie sich einlässt:

„Kein Kampf ist leicht und schon gar nicht ein Kampf gegen so mächtige Kriminelle, die niemals bereit sind, ihre Verbrechen und ihre Missetaten anzuerkennen.“ Und dabei sieht die Geschädigte sogar noch über den Fall „Agent Orange“ hinaus. „[W]ir wollen mit unserem Kampf in bescheidener Weise auch zu dem Kampf unseren Beitrag leisten, den viele Bürger auf der ganzen Welt heute gegen MONSANTO und die anderen Chemiefirmen führen, denn diese sind auch heute wieder für oft schwere Krankheiten verantwortlich, die auch schon viele Todesopfer gefordert haben, und die ausgelöst werden durch neue Pestizide, von denen Agent Orange ein Vorfahr war“, bekennt Tran To Nga. Zahlreiche Organisationen haben inzwischen den Unterstützungsauftrag für Tran To Nga unterzeichnet. Auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zählt dazu. „Jetzt holt BAYER sowohl die eigene Vergangenheit als auch die MONSANTOs wieder ein. Der Konzern muss sich dem stellen und die Verantwortung dafür übernehmen“, forderte die Coordination in ihrer Presseerklärung zum Prozess-Auftakt. Das Urteil wird für den 10. Mai erwartet. ←

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder. Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu

Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927



Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozietats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

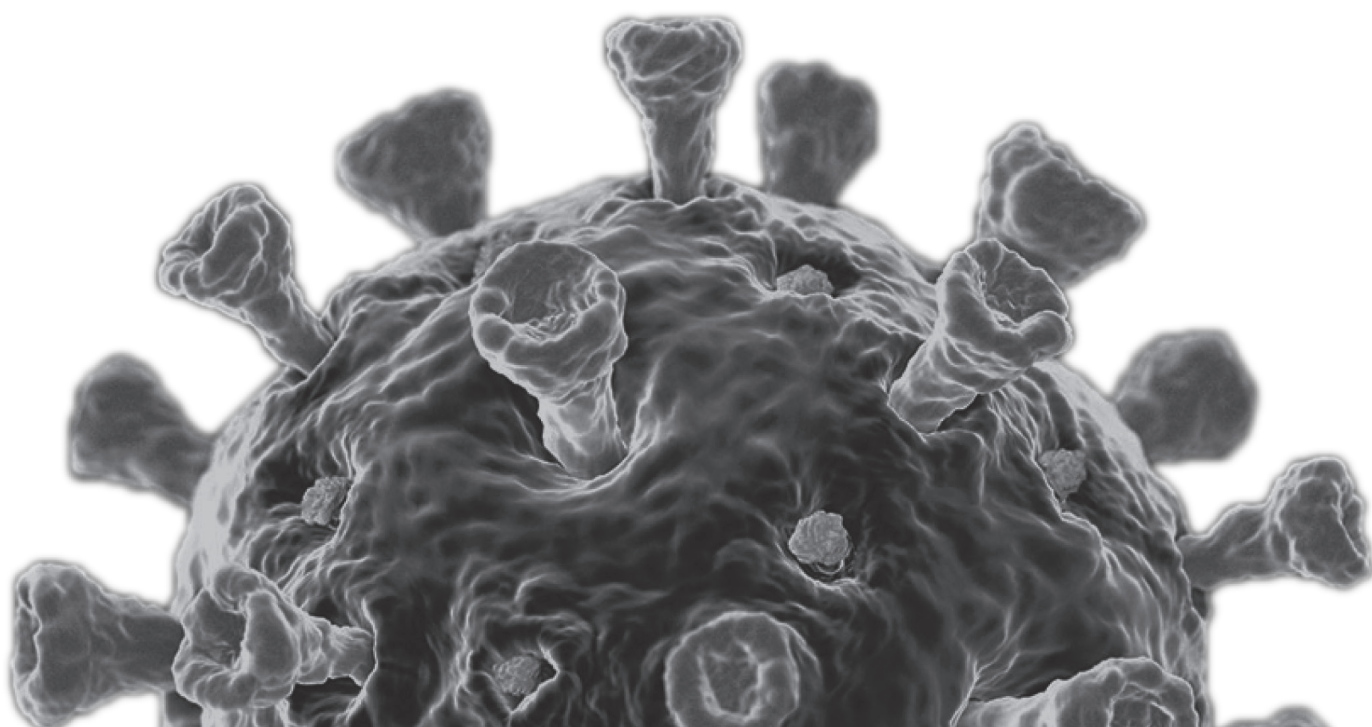


CBG-JAHRESTAGUNG 2021

MIT TAGESAKTUELLEM CORONA-SCHUTZ

SAMSTAG, 9. OKTOBER 2021
 10 BIS CA. 18 UHR. EINLASS AB 9.30 UHR
 SAAL BÜRGERHAUS IM STADTTEILZENTRUM BILK
 BACHSTR. 145
 40217 DÜSSELDORF

PROFIT FÜR WENIGE ODER GESUNDHEIT FÜR ALLE? CORONA UND BIG PHARMA AM BEISPIEL DES BAYER-KONZERNES



KOSTENLOS, ABER ANMELDEPFLICHTIG. JETZT ANMELDEN!

- Ich melde mich verbindlich zur CBG-Jahrestagung 2021 mit ____ Personen an. Bitte die Anschriften aller Personen angeben, ggfs. gesondertes Blatt beilegen.
 Ich bin bereits Fördermitglied der CBG: ja nein
- Ich werde Fördermitglied und lege meinen jährlichen Beitrag fest auf ____€. (mind. 60€/Jahr).
 Bitte jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich abbuchen.
- Ich habe BAYER-Aktien und möchte die Stimmrechte den Kritischen Aktionär*innen der CBG übertragen.
- Ich will spenden! Bitte bucht den Betrag von ____€ ab. Oder online: www.CBGnetwork.org/Spenden

Vorname	Familiename	Alter
PLZ / Ort	Straße / Haus Nr.	Beruf
IBAN		
Email		Unterschrift

Antwort an: Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) – Postfach 15 04 18 – 40081 Düsseldorf

Ich bestätige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Zahlungen von meinem Konto werden hierin zufließen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Wir unterstützen die CBG und sind bereit, die Regeln der DSGVO zuzustimmen. Die den Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage unter www.CBGnetwork.org/datenschutz

Seit dem Ersten Weltkrieg stets zu Diensten

Chemiewaffen made by BAYER



Gas-Einsatz im Ersten Weltkrieg

Auch der BAYER-Konzern beteiligte sich mit seinen Pestiziden am „Herbicide warfare“ in Vietnam. Er konnte dabei aus einem Erfahrungsreservoir im Umgang mit chemischen Waffen schöpfen, das bis zum Ersten Weltkrieg zurückreichte.

Von Jan Pehrke

Die britischen Streitkräfte entwickelten 1940 die Strategie, Antiunkraut-Mittel und andere Pestizide als Chemiewaffen einzusetzen. Anfang der 1950er Jahre erprobten sie den „Herbicide warfare“ dann im Kampf gegen die malaysische Befreiungsbewegung. Aber erst der Vietnam-Krieg brachte das ganze zerstörerische Potenzial dieser militärischen Praxis zur Entfaltung. 80 Millionen Liter Ackergifte ließen die USA über das Land niedergehen. Die Armee entlaubte damit die Dschungel, um die sich dort verborgenen Vietcong besser aufspüren zu

können, und setzte die Mittel überdies zur Vernichtung der Ernten des Gegners ein. Nicht nur die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO hatte dazu die passenden Produkte parat, sondern auch die Mutter-Gesellschaft selbst. Sie bestreitet zwar, das Pentagon direkt mit Agent Orange beliefert zu haben, indirekt fanden ihre Erzeugnisse aber doch den Weg in die Tanks der Fairchild-Transportflugzeuge. So produzierte der Leverkusener Multi in der fraglichen Zeit jährlich 700 bis 800 Tonnen des „Agent Orange“-Grundstoffes 2,4,5-T und verkaufte einen Teil davon an die fran-

zösische Firma PROGIL. Diese wiederum verarbeitete es weiter und exportierte es nach Vietnam. Eine Aktennotiz der ebenfalls mit PROGIL Geschäftsbeziehungen unterhaltenden BOEHRINGER AG belegt dies: „BAYER und PROGIL haben auf dem 2,4,5-T-Sektor seit Jahren (Vietnam) zusammengearbeitet“. Der Global Player bestreitet diese Kooperation nicht, hält allerdings fest: „Über die weitere Verwendung des Wirkstoffes bei der PROGIL liegen keine Erkenntnisse vor.“ In einer früheren Äußerung zu diesem Thema räumt er hingegen durchaus die Möglichkeit ein, „dass

Tochter-Unternehmen beziehungsweise Drittfirmen 2,4,5-T-haltige Pflanzenbehandlungsmittel auf den amerikanischen Markt brachten“.

Andere Agro-Chemikalien wie Agent Green, Zineb und Dalapon verkaufte das Unternehmen dem Militär ebenfalls. Teilweise legten die Substanzen dabei einen weiten Weg zurück. Einige von ihnen gelangten über Konzern-Niederlassungen in den damals autoritär regierten Staaten Spanien und Südafrika zur US-Tochter CHEMAGRO und von dort dann zu den Militärbasen. Die Zeitschrift *International Defense Business* konnte für das Jahr 1972 sogar genau den Wert von BAYERS Kriegsbeitrag beziffern: Rund eine Million Euro stellte die Aktiengesellschaft für die verschiedenen Chemikalien in Rechnung. Expert*innen des Unternehmens standen der US-Army gemeinsam mit ihren Kolleg*innen von HOECHST aber auch direkt vor Ort mit Rat und Tat zur Seite. Als medizinische Helfer*innen getarnt, arbeiteten sie dem US-amerikanischen Planungsbüro für B- und C-Waffeneinsätze in Saigon zu. Die transatlantische Kooperation vermochte sich dabei sogar auf alte Verbindungen zu stützen: Die Abstimmung zwischen US-amerikanischen und bundesdeutschen Chemie-Firmen übernahm die GENERAL ANILINE AND FILM CORPORATION, eine ehemalige US-Tochter des von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzerns IG FARBEN.

Erster Weltkrieg

Zu diesem Zeitpunkt verfügte der Global Player bereits über einen Erfahrungsschatz auf dem Gebiet, der bis zum Ersten Weltkrieg zurückreichte. Schon in den ersten Wochen der Kämpfe erschienen der Armee-Führung die verwendeten Waffen nämlich nicht durchschlagskräftig genug. Die Oberste Heeresleitung suchte deshalb gemeinsam mit dem Chemiker Walther Nernst nach Möglichkeiten zur Erhöhung der Geschoss-Wirksamkeit. Als es an die praktische Umsetzung ging, kam der Leverkusener Multi ins Spiel. Und sein damaliger Generaldirektor Carl Duisberg verlor keine Zeit und drückte aufs Tempo, damit „die Chemie die ihr in der modernen Kriegsführung zukommende Rolle spielen“ kann. „Ich bin seit Ende Oktober 1914 zusammen mit Nernst, der (...) der Obersten Heeresleitung zugeteilt ist, auf dem Wahner Schießplatz tätig gewesen, chemische Reizgeschosse zu machen“, schrieb er in einem Brief. Bald danach konnte der Konzern liefern: Mit dem Reizstoff Dianisidin



Das sauerländische Grafschaft: Ab den 1960er Jahren fanden im dortigen „Institut für Aero-Biologie“, das heute zum Fraunhofer-Institut gehört, Chemiewaffen-Forschungen statt

hatte BAYER die erste chemische Waffe für die deutschen Truppen entwickelt. Dabei handelte es sich noch nicht um ein Gift. Die Substanz wirkte „nur“ kurzzeitig auf die Schleimhäute ein. Die Armee wollte den Feind mit ihrer Hilfe überraschen und dann sofort unter Beschuss nehmen, um ihn aus gehaltenen Häusern, von Gehöften oder engeren Ortschaften zu vertreiben. Aber bei solchen begrenzten Wirkungen blieb es nicht. „Es ist uns jedoch auch die Frage vorgelegt worden, wie man es aufgrund unserer jetzt gemachten Erfahrungen anstellen müsste, wenn man eine vollkommene Vergiftung des Gegners auf chemischen Wege durchführen wollte“, berichtete Duisberg als führender Industrieller der „Beobachtungs- und Prüfungskommission für Sprengungs- und Schießversuche“ – und hatte auch bald eine Antwort parat: Blausäure.

Die Büchse der Pandora war also geöffnet, zumal sich Dianisidin an der Front nicht bewährte. Zum ersten Mal bei Neuve-Chapelle in der Nähe von Ypern der Sprengmunition beigemischt, bemerkten die französischen Soldaten die chemische Wirkung der 3.000 verfeuerten Granaten gar nicht.

„Versuche mit neuen Geschossen“ beschäftigten Duisberg im Herbst 1914 nach eigenem Bekunden täglich, und das „schon seit Wochen“. Besonders der sich abzeichnende Stellungskrieg, in dem die Kontrahenten sich aneinander festbissen, ohne dass eine Seite größere Geländegewinne erzielen konnte, trieb die Forschung

an. Um die Patt-Situation zu beenden, galt es nämlich, „die große, schwierige Frage der Verpestung der Schützengräben mit chemischen Substanzen der Lösung näherzubringen“, wie der BAYER-Generaldirektor Gustav Krupp von Bohlen und Halbach mitteilte. Die Entwicklung solcher Kampfgase gelang dem Leverkusener Multi auch, und nicht nur das. „So habe ich unsere Fabrik zu Kriegslieferungen umorganisiert, mache Sprengstoffe aller Art, fülle Granaten und bin außerdem persönlich mit Nernst zusammen mit Versuchen beschäftigt, Spezialgeschosse anzufertigen“, vermeldete Carl Duisberg stolz. Eine dieser Entwicklungen pries er der Obersten Heeresleitung gegenüber so an: „Dieses Chlorkohlenoxyd ist das gemeinste Zeug, das ich kenne (...) Ich kann deshalb nur noch einmal dringend empfehlen, die Gelegenheit dieses Krieges nicht vorübergehen zu lassen, ohne auch die Hexa-Granate zu prüfen.“ Und sogar zur Namensgebung durfte der Konzern manchmal beitragen. „Lost“ hieß ein Senfgas zu Ehren des BAYER-Forschers Wilhelm Lommel und seines Kooperationspartners Wilhelm Steinkopf vom „Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie“.

Nur die Chlorgas-Wolke, die am 22. April 1915 in Ypern erstmals zum Einsatz kam und 800 bis 1.400 Menschenleben forderte, stammte nicht aus Leverkusen. Fritz Haber vom Kaiser-Wilhelm-Institut hat diese Waffe entwickelt, die zum Synonym für die Grausamkeit des Chemie-Krieges





BAYER-Forscher Gerhard Schrader in seinem Labor

wurde (1). Sie durchlief ihre Testphase zwar in Köln-Wahn, und Duisberg versuchte auch, auf ihre Fertigung Einfluss zu nehmen, aber letztendlich betrachtete er das Chlor-Gebräu als Konkurrenz zu den eigenen Kreationen. Zynisch und hinter-sinnig schrieb er von den „chlorreichen Siegen“ von Ypern, denen aber leider weitere (...) nicht gefolgt sind“, um so Reklame für die Erzeugnisse aus seinem eigenen Chemiebaukasten zu machen. Und tatsächlich konnte die Wolke die BAYER-Hervorbringungen nicht vom Markt drängen. Die erprobte Leverkusener „Science for Death“ erwies sich letztendlich als überlegen.

Die Zeit des Faschismus

Auch die Nationalsozialist*innen versorgte BAYER mit Waffen aus diesem Arsenal.

„Angesichts des schweren Schadens, den der Konzern durch den internationalen Aufschrei über Entwicklung und Einsatz chemischer Waffen im Ersten Weltkrieg erlitten hatte, hätte man erwarten können, dass er sich von solchen Projekten ferngehalten hätte“, schreibt der Historiker Diarmuid Jeffreys in seinem Buch „Weltkonzern und Kartell“. Aber der Leverkusener Multi kannte so wenig Skrupel wie die anderen Unternehmen, die damals unter dem Dach der IG FARBEN firmierten.

Einige der Kriegswerkzeuge fielen bei der Pestizid-Forschung als Abfall-Produkte an. So wollte der BAYER-Chemiker Gerhard Schrader neue Insektizide entwickeln und experimentierte dazu mit einer Kombination aus Phosphor-Verbindungen und

Zyanid. Er vergiftete sich dabei jedoch selbst und war wochenlang ans Bett gefesselt. Spätere Versuche brachten noch stärkere Mittel hervor. Zur Ausbringung gegen Schadinsekten waren sie nicht geeignet. BAYER lotete deshalb andere Einsatz-Möglichkeiten aus und diente sie dem Heereswaffenamt für den „Chemical warfare“ an. Dieses zeigte sich interessiert, woraufhin Schrader das Nervengas Tabun zusammenbraute. 50.000 Reichsmark erhielten er und ein Kollege dafür von der Wehrmacht. Auf eine ähnliche Weise entstand Sarin. Und wieder floss der Entdecker*innen-Stolz in die Namensgebung ein. In der Bezeichnung „Sarin“ für die farblose Flüssigkeit verewigten sich Gerhard Schrader, Otto Ambros und Gerhard Richter sowie ihr Kooperationspartner Hans-Jürgen von der Linde vom Heeresgasschutz-Laboratorium.

Die Chemiewaffen-Fertigung lief Ende 1936 an. Eine Tabun-Produktion im industriellen Maßstab baute die IG FARBEN Anfang 1940 in Dyhernfurth auf; das Geld dazu kam vom Oberkommando des Heeres. 12.000 Tonnen Tabun stellte das Werk dort über die Jahre her, zudem bis zu 400 Tonnen Sarin und zusätzlich noch Soman. Bei der Standort-Wahl spielte die Nähe zum KZ Groß-Rosen eine entscheidende Rolle, denn aus diesem wollten die IG-Bosse Zwangsarbeiter*innen rekrutieren. Den Gefangenen überließ Betriebsführer Otto Ambros, der im NS-Staat die Position des Wehrwirtschaftsführers für chemische Kampfstoffe innehatte, dann auch die gefährlichsten Arbeiten. Sie waren es, die das Gift in die Bomben und Granaten zu füllen hatten und dabei ihr Leben ris-

Halstuch „Frieden“ Farbe: Blau, Motiv: Weiß Material: 100 % Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm, 7,50 €	Halstuch „Stern“ Farbe: Schwarz, Motiv: Rot Material: 100 % Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm, 7,50 €	Hoodie „Che“ Rot, Motiv: Schwarz, Größen M – XL, 24,90 €	Hoodie „Frieden“ Blau, Motiv: Weiss, Größen S – 3XL, Größen 24,90 €	Hoodie „Tauben/Stern“ Schwarz, Motiv: Weiss & Rot S – 3XL, 24,90 €
		che-shop.de Tel.: 0201 17788924 Fax: -28 E-Mail: info@che-shop.de		
Kaffebecher „Bertolt Brecht“ Rot, Inhalt 300 ml 7,90 €	Kaffebecher „Che Guevara“ Rot, Inhalt 300 ml 7,90 €			

kierten. Weit über 300 Unfälle ereigneten sich in Dyhernfurth, zehn mit Todesfolge. Aber nicht nur an diesem Ort nahe Breslau kreierte die IG FARBEN chemische Waffen. In Gendorf unterhielt sie eine weitere Anlage. Dort setzten die Chemiker*innen aus Thiodiglycol und Chlorwasserstoff Lost zusammen. Auch Sarin wollte das Unternehmen synthetisieren, konnte die Betriebsstätte in Falkenhagen aber nicht mehr rechtzeitig vor Ende des Krieges fertigstellen. Weitere Kampfstoffe lieferten dagegen unter anderem die Niederlassungen in Hüls, Ludwigshafen, Trostberg und Schkopau. Insgesamt standen den Waffenlagern der NS-Militärs 61.000 Tonnen Kampfstoffe zur Verfügung. Über 40 Prozent davon steuerte die IG bei: 25.000 Tonnen.

Und es blieb nicht dabei, den KZ-Insass*innen die riskantesten Tätigkeiten bei der Fabrikation der Nervengifte zuzuteilen, sie mussten überdies als Versuchskaninchen bei den Chemiewaffen-Tests herhalten. Die Prozeduren, mit denen die Forscher*innen genaueren Aufschluss über die Wirksamkeit und Anhaltspunkte zur Entwicklung von Gegenmitteln erhalten wollten, fanden beispielsweise in den Konzentrationslagern Natzweiler, Dachau, Neuengamme und Sachsenhausen statt. In Natzweiler leitete Prof. Dr. August Hirt die Experimente mit Lost. Beim Nürnberger Arzt*innen-Prozess hat der ehemalige Häftling Ferdinand Holl die Tortur genau beschrieben. „Nach ungefähr zehn Stunden oder es kann auch etwas länger gewesen sein, da stellten sich Brandwunden ein, am ganzen Körper. Da, wo die Ausdünstungen von diesem Gas hinzukamen,



Die Zitadelle Spandau: Während der Nazi-Zeit führte hier das Heeres-Gasschutzlaboratorium Chemiewaffen-Experimente durch

war der Körper verbrannt. Blind wurden die Leute zum Teil. Das waren kolossale Schmerzen, so dass es kaum noch auszuhalten war, sich in der Nähe dieser Kranken aufzuhalten“, so zitiert Jo Angerer in seinem Buch „Chemische Waffen in Deutschland“ die Zeug*innen-Aussage. Die Bilanz am Ende allein bei diesem Test: acht Menschen starben. Aber für Hirt lohnte sich das Morden. Die NS-Schergen verliehen ihm für die „Kampfstoff-Versuche am lebenden Objekt“ das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern. Zum Einsatz kamen die Chemie-Waffen letztlich nicht. Es war allerdings nicht Hitlers eigene Lost-Vergiftung im Ersten Weltkrieg auf einem Schlachtfeld bei Ypern, die zu dem Verzicht führten. Der Diktator hielt den „Chemical warfare“

durchaus für ein Mittel der Wahl. Am 30. Juni 1942 gab er den Befehl, bis zum Frühjahr 1943 alle Vorbereitungen für einen Kriegseinsatz von Lost & Co. abzuschließen. Aber eine Besprechung am 15. Mai 1943, an der auch Otto Ambros teilnahm, stimmte ihn um. Ambros glaubte fälschlicherweise, es sei den Alliierten ein Leichtes, selber Tabun herzustellen und sah – ebenfalls ein Irrtum, wie sich nachher herausstellen sollte – in dem Ausbleiben von US-amerikanischen Forschungspublikationen zu Nervengasen seit Beginn des Kriegs ein Indiz für geheime Entwicklungsarbeiten. Diese Fehleinschätzungen des IG-Managers trugen wesentlich dazu bei, Hitler und seine Gefolgsleute davon abzubringen, die Flugzeuge der Luftwaffe mit den Chemie-Bomben und -Granaten zu

Sozialistische Zeitung
No. 3 - 18. Jg. - März 2021 - € 3,50 - www.sozonline.de

Deutschland rüstet auf

D

Trotz Corona: Das globale Wettrennen geht weiter
Schon zu Beginn der Pandemie war klar: Sie wird die Staatshaushalte belasten, bis NSDAP-Kampfbanner ihre Bedeutung wieder besetzen. Doch trotz der Schwierigkeiten...
Seite 13-15

DAS GESPRÄCH
Angela Merkel über Corona
Seite 11-12

SCHWERPUNKT
auf
... mit Wählern für die
...
Seite 4, 13-15

INNE
Seite 2, 3

ÖKOLOGIE
Seite 6-8

KAPITAL & ARBEIT
Seite 9-12

INTERNATIONALES
Seite 17-19

FULLETON
Seite 20-21

www.sozonline.de

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Mike Davies: Amerika im Stellungskrieg · Der Bremer Asylskandal – eine Inszenierung · NRW: Versammlungsfreiheit in Gefahr · Second-Hand-Kleidung, ein Millionengeschäft · Autobahnbau stoppt!

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)
Bestellung an: VsP e.V. · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
 Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de



Eine Tabun-Bombe

bestücken. Zudem fürchteten die Nazis, die Waffenlager wegen des Rohstoffmangels nicht in ausreichendem Maß mit den Kampfstoffen füllen zu können. Nur eine chemische Massenvernichtungswaffe setzten die Faschist*innen großflächig ein: ZYKLON B. Zu den Hauptherstellern des ursprünglich zum Einsatz gegen Schadinsekten bestimmten Produkts ge-

hörte die DEUTSCHE GESELLSCHAFT ZUR SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG (DEGESCH), eine 42,5-prozentige Tochter der IG FARBEN. Das in den Todesfabriken dringend benötigte Mordinstrument bescherte der DEGESCH satte Gewinne. So heißt es im Geschäftsbericht für 1943: „Den wesentlichen Anteil an der Umsatz-Steigerung hatte die Entwicklung des ZYKLON-Geschäfts. Die ZYKLON-Umsätze erreichten im Berichtsjahr die Rekordhöhe von RM 1.664.000 (...); der Umsatz hat sich somit gegenüber dem Vorjahre um 64 % erhöht.“

Nach 1945

Für diese Mittäterschaft am Holocaust, am Weltkrieg und anderen Verbrechen der Nazis verurteilten die Richter*innen bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen nur dreizehn IG-Beschäftigte, und keiner von ihnen musste seine Haftstrafe ganz absitzen. Gerhard Schrader blieb eine Vorladung ganz erspart. Die Alliierten unternahmen nichts, um die Forscher*innen mit den tödlichen Begabungen für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen. Sie versuchten vielmehr, von dem gefährlichen Wissen zu profitieren und Hitlers willige Helfer abzuschöpfen. Die Militärs zogen nach dem Krieg die ganze Wissenschafts-

elite der Nazis auf Schloss Kransberg im Taunus zusammen. Die IG FARBEN stellte dabei das größte Kontingent. „Die chemischen Nervenkampfstoffe stießen bei den Engländern und Amerikanern auf größtes Interesse, Vergleichbares besaßen sie in ihren Arsenalen nicht. Schrader und Konsorten mussten deshalb in Kransberg bis in die kleinsten Details Aufzeichnungen über die Synthese ihrer Ultragifte anfertigen“, schreiben Egmont R. Koch und Michael Wech in ihrem Buch „Deckname Artischocke“ (siehe auch SWB 1/03). Gerhard Schrader war den US-Expert*innen dabei sogar so wertvoll, dass sie ihn mit in die Vereinigten Staaten nahmen. In Diensten des „Chemical Corps“ der US-Streitkräfte konnte er seine Arbeit fortsetzen. In den 1950er Jahren kehrte Schrader dann in die Bundesrepublik – und zu BAYER – zurück. Er übernahm beim Leverkusener Multi die Pestizid-Abteilung, beschäftigte sich aber auch weiterhin mit kriegsverwendungsfähigen Erträgen aus der Ackergift-Forschung. Recherchen von Günter Wallraff und Dr. Jörg Heimbrecht brachten dies im Jahr 1969 ans Licht. Heimbrecht nahm sich Schraders Buch „Die Entwicklung neuer insektizider Phosphorsäure-Ester“ vor und

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 1/2021:
Politische Prozesse
und Aussageverweigerung

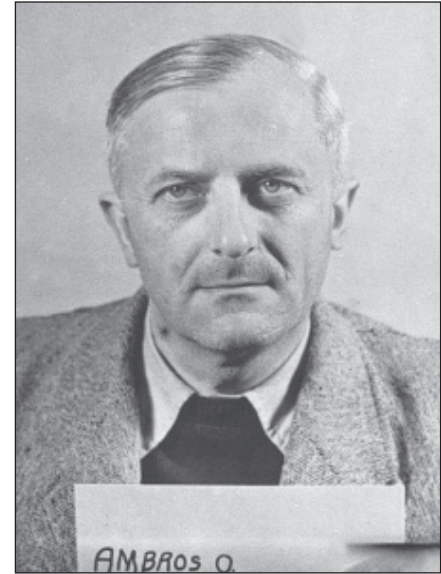
Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen

DIE ROTE HILFE 1.2021
 ANNA UND ARTHUR HALZERS MAULI
 POLITISCHE PROZESSE UND AUSSAGEVERWEIGERUNG

schaute sich einige der dort beschriebenen Stoffe genauer an. So vertiefte er sich etwa in die Struktur-Formel eines Phosphorsäure-Esters, den Schrader gemeinsam mit seinen beiden Kollegen Ernst Schegk und Hanshelmut Schlör 1957 in der Bundesrepublik und 1959 in den Vereinigten Staaten zum Patent angemeldet hatte. „Mir fiel auf, dass diese Verbindung als chemischer Kampfstoff in der ‚Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen‘ von 18.7.1969 enthalten war“, lautete sein Befund. Das führte dann zu weiteren Entdeckungen. „Literatur-Recherchen in der Bibliothek des Chemischen Instituts der Uni Bonn ergaben, dass BAYER eine ganze Reihe von Substanzen in deutschen und amerikanischen Patenten hat patentieren lassen, die nach Definition der ‚Kriegswaffen-Liste‘ zu den chemischen Kampfstoffen zählen. Bei weiteren Recherchen fiel mir auf, dass auch die US-Nervenkampfstoffe VE, VM, VS, VX und SM nach den o. g. Patenten von BAYER erfunden wurden“, hielt Heimbrecht fest. Der Leverkusener Chemie-Multi kam deshalb nicht umhin, 1984 in seiner Hauszeitschrift *BAYER intern* einzuräumen, dass es „innerhalb dieses BAYER-

Patentes (...) eine Übereinstimmung von Formeln mit einigen US-amerikanischen Kampfstoffen gibt“. Der Konzern bestritt jedoch, nach diesen Formeln selber Chemie-Waffen hergestellt oder das Recht dazu dem US-Militär gegen die Zahlung einer Lizenz-Gebühr abgetreten zu haben. Wie es dennoch zur Produktion von VX-Waffen kommen konnte, erklärte der damalige Unternehmenssprecher Jürgen von Einem mit einem Ausnahme-Passus im US-amerikanischen Patentrecht. Wenn ein übergeordnetes patriotisches Interesse bestehe, erlaube der Paragraf den zwangsweisen Zugriff auf das geistige Eigentum Dritter, ohne diese zu informieren und zu entschädigen, so von Einem. Expert*innen ziehen das in Zweifel. Dem Münchner Patentanwalt Dr. Rolf Wilhelms zufolge existiert die entsprechende Regelung zwar, werde aber nur äußerst selten in Anspruch genommen und sehe außerdem sehr wohl eine finanzielle Kompensation etwa in Höhe der sonst üblichen Lizenz-Gebühren vor.

Günter Wallraff und Jörg Heimbrecht stützten sich bei ihrer Arbeit auf Informationen von Dr. Ehrenfried Petras. Der Mikrobiologe leitete in den 1960er Jahren ein Labor des „Instituts für Aero-Biologie“ im



Dyhernfurth-Werksleiter und Hitlers Wehrwirtschaftsführer für chemische Kampfstoffe Otto Ambros, Aufnahme vom Nürnberger Prozess

sauerländischen Grafschaft, welches er immer mehr für Kampfstoff-Forschungen missbraucht sah. Die Rüstungsanstrengungen der Bundeswehr im Kalten Krieg beunruhigten ihn so sehr, dass er sich entschloss, in die DDR überzusiedeln und die Pläne öffentlich zu machen. Sein Wissen über die illegalen Aktivitäten – die Bun-

graswurzel revolution

GWR 458, April 2021

„Kämpfen ist die halbe Miete“

Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

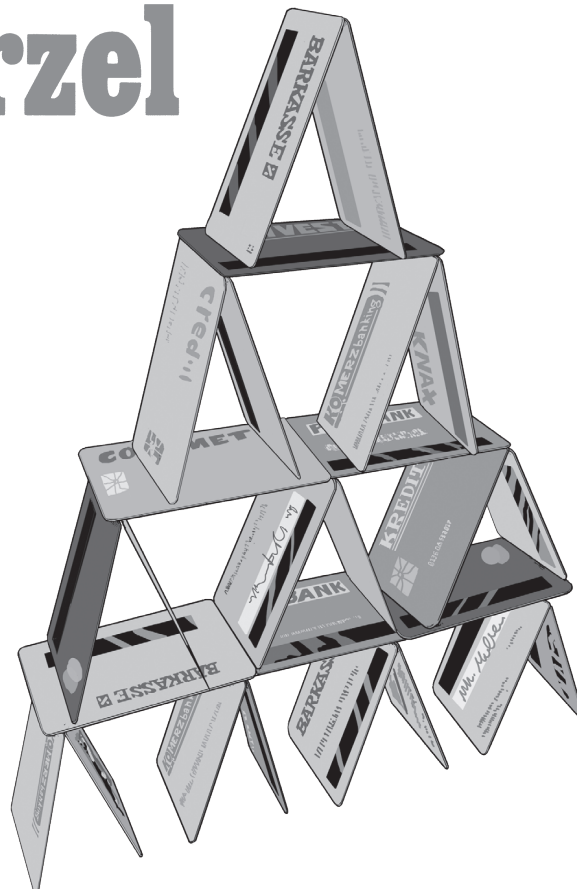


Illustration: Dirk Sandbaumbüter



CBG bei der Arbeit



Jedes Jahr im Januar ist Berlin der Schauplatz der „Wir haben Agro-Industrie satt“-Proteste. Dieses Mal fanden sie in hybrider Form statt. Es gab sowohl eine kleinere Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt als auch die „Aktion Fußabdruck“, die eine „Anwesenheit in Abwesenheit“ ermöglichte. Rund 10.000 Menschen stimmten mit ihren Füßen ab gegen Pestizide, Monokulturen, Gentechnik und Tier-Fabriken, um „die Agrar-Wende loszutreten“. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) beteiligte sich mit einem „Glyphosat-Stopp jetzt!“-Fußabdruck daran. Überdies schickte sie eine vor dem Dormagener BAYER-Werk aufgezeichnete Rede zum Thema „Glyphosat“ in die Hauptstadt. Und trotzdem ließ die Coordination es sich nicht nehmen, am 16. Januar in reduzierter Mannschaftsstärke vor Ort präsent zu sein. Geschäftsführer Marius Stelzmann vertrat sie dort.

desrepublik hatte sich 1954 beim Beitritt zur Westeuropäischen Union zu einem Verzicht auf die Herstellung biologischer und chemischer Waffen verpflichtet – legte Petras in der Broschüre „Bonn bereitet den Giftkrieg vor“ dar. Zudem gab er eine Erklärung zu dem Sachverhalt ab. Als „ein straff organisiertes System von Forschung, Testung und Produktionsvorbereitung“ bezeichnet Ehrenfried Petras das militärische Projekt darin. Dazu gehörte auch, alle Maßnahmen zu treffen, um im Verborgenen operieren zu können: „Zu Zwecken der Geheimhaltung und Tarnung hat das westdeutsche Bundesverteidigungsministerium von Anfang an bei der

Wiederaufrüstung Wert darauf gelegt, seine militärische Forschung weitgehend in den bestehenden zivilen Forschungseinrichtungen der westdeutschen Chemie-Konzerne, Universitätsinstitute und anderen Forschungseinrichtungen durchführen zu lassen.“

Eine wichtige Rolle dabei kam BAYER zu. Der Konzern fungierte als Schaltzentrale, koordinierte die ganzen Abläufe und produzierte nicht zuletzt viele der Chemikalien. So lieferte das Unternehmen dem „Institut für Aero-Biologie“ etwa Zephirol für Tests zur Desinfektion von Kriegsschauplätzen. Das geschah jedoch auf Umwegen. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, gelangte der Stoff über Dr. Max von Clarmann, Leiter der bundesdeutschen Entgiftungszentrale vom Münchner Krankenhaus rechts der Isar, nach Grafchaft. Auch organische Phosphor-Verbindungen des Chemie-Riesen prüfte das Institut. Und das VX, mit dem es arbeitete, dürfte Gerhard Schrader in seinem Labor entwickelt haben.

Die – im wahrsten Sinne des Wortes – Feldversuche mit den verschiedenen Substanzen unternahm dann die Bundeswehr in ihrer Erprobungsstelle E 53 bei Munster. „Aufgrund dieser wissenschaftlichen Ergebnisse (...) ist die moderne chemische Industrie der westdeutschen Bundesrepublik (zum Beispiel die IG-FARBEN-Nachfolgeunternehmen BAYER AG, BASF und HOECHST) in der Lage, kurzfristig größere Mengen des von der Bundeswehr benötigten Kampfstoffes herzustellen und auszuliefern“, erläuterte Petras.

Zum „Institut für Aero-Biologie“, später unter den Bezeichnungen „Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosol-Forschung“ und „Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin“ firmierend, unterhielt der Leverkusener Multi noch lange Zeit Verbindungen. „Ich glaube, wir haben gar keinen Grund, uns in irgendeiner Weise von den durch die Fraunhofer-Gesellschaft geförderten Projekten, die ja im Interesse unseres Staates sind, zu distanzieren“, zitiert Jo Angerer in seinem 1985 erschienenen Werk dazu BAYERs Hellmut Hoffmann.

Hoffmann ist ein Mann vom Fach. Der damalige Forschungsleiter der Pestizid-Abteilung hatte nach eigenem Bekunden an der Entwicklung von Lost und Sarin mitgearbeitet. In den Augen der Politik qualifizierte ihn das dafür, den verschiedenen Bundesregierungen in den 1980er Jahren bei den Verhandlungen zum Chemiewaffen-Übereinkommen der Vereinten Natio-

nen als Berater zu dienen. Unter anderem arbeitete Hoffmann daran mit, Kriterien zur Bestimmung von Kampfstoff-Fertigungsstätten zu entwickeln. Das scheiterte allerdings, denn eindeutige Merkmale waren ihm zufolge nicht zu finden. „Die gibt es nicht. Wir hatten gewusst, wenn man das macht, dass man alle Anlagen genehmigungspflichtig machen muss für den Export.“ Und das konnte natürlich nicht im Interesse des Leverkusener Multis sein, der damals gutes Geld mit der Entwicklung solcher Fabriken für den ausländischen Markt verdiente.

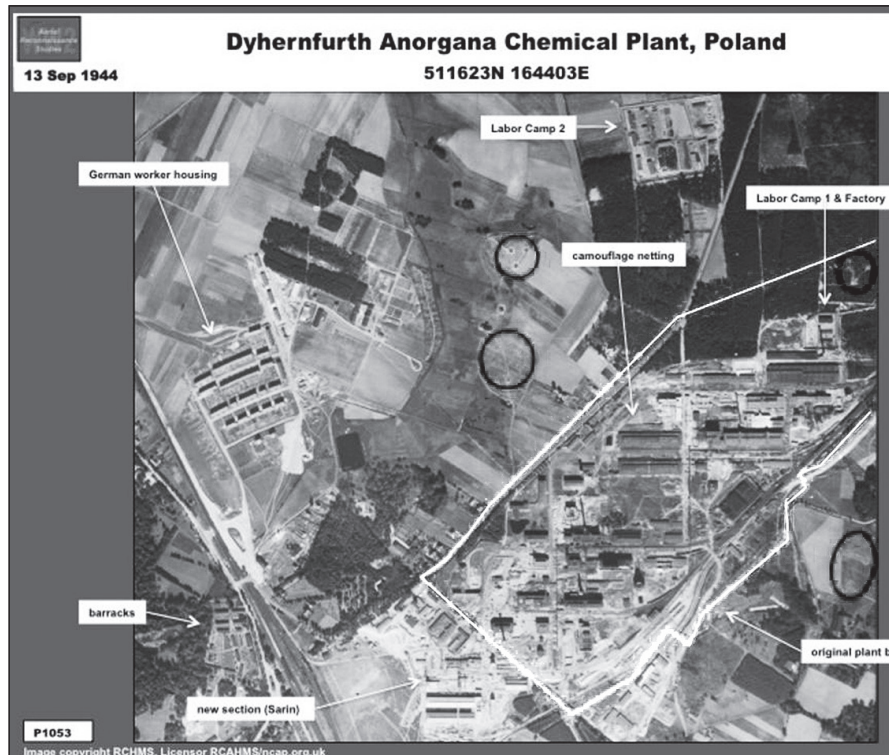
So unterhielt er beispielsweise gute Geschäftsbeziehungen zum Iran. Der Staat begann in den 1980er Jahren mit Planungen zu einem großen Chemie-Komplex mit angeschlossener Pestizid-Produktion nahe der Stadt Ghaswin. An das Anwendungsgebiet „Landwirtschaft“ dürfte das Land in Zeiten des Ersten Golfkrieges, in denen der irakische Gegner auch Tabun, Sarin und Lost einsetzte, kaum gedacht haben. Trotzdem verkaufte das Unternehmen dem Land 1984 Lizenzen zur Fertigung von Azinphos-Methyl und Fenitrothion, einer chemiewaffen-fähigen Substanz aus der berühmt-berüchtigten Gruppe der Phosphorsäure-Ester. Die Aufsichtsbehörden genehmigten den Deal, rieten dem Konzern aber von weiteren Transaktionen im Zusammenhang mit Ghaswin ab. Der Chemie-Riese hielt sich allerdings nicht daran. Ab 1987 lieferte er eine Anlage zur Herstellung von Ackergiften in den Iran. Für alle Bauten vermochte der für die technische Koordination in Ghaswin zuständige LURCHI-Konzern Genehmigungen vorlegen, nur für die von BAYER nicht – aus gutem Grund. „Das Endprodukt‘ könnte ‚auch zur Bekämpfung von Warmblütern‘ eingesetzt werden und ‚damit als Kampfgas dienen‘“, zitierte der *Spiegel* aus einem Schreiben der Kölner Oberfinanzdirektion. Die Behörden leiteten in der Sache dann auch Ermittlungen ein. Im Zuge dessen führten Fahnder*innen Ende 1989 Razzien in den Dormagener, Leverkusener und Monheimer Niederlassungen des Agro-Riesen durch und stellten drei Dutzend Ordner mit Konstruktionsplänen sicher. Der Staatsanwalt stellte das Verfahren später jedoch ein.

Gefahren bis heute

Und mehr als 100 Jahre nach der Entwicklung der ersten chemischen Kampfstoffe gehen von ihnen immer noch Gefahren aus. Sie ruhen nämlich unfriedlich auf den Meeresgründen von Ostsee und Nordsee.

Mehr als 1,5 Millionen Tonnen von Munition, Bomben und Granaten aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg lagern dort, was Mensch, Tier und Umwelt bedroht. Da die Metall-Umhüllung der Chemie-Waffen mittlerweile durchrostet, treten die Gifte nämlich aus. Aus dem Senfgas beispielsweise bilden sich Klumpen, die nicht selten Fischer*innen ins Netz gehen – häufig mit fatalen Auswirkungen. Der Phosphor hingegen wird immer wieder an die Strände gespült. Dort verwechseln ihn Bade-Urlauber*innen wegen seiner Farbe und Form dann allzu oft mit Bernstein. Sie stecken die Stücke ein und ziehen sich zum Teil schwere Verbrennungen zu, weil sich der Phosphor, sobald er trocken ist, leicht entzünden kann.

Der Biologe Dr. Stefan Nehring bezifferte die Zahl der Sterbefälle Ende 2015 auf 418. Bei den meisten Toten handelt es sich dabei um Seeleute oder Fischer*innen, die durch Detonationen von See-Minen oder den Direkt-Kontakt mit den Chemie-Giften umkamen. Darüber hinaus führt Nehring 720 Personen auf, die durch die Altlasten Gesundheitsschäden erlitten. Inzwischen haben viele Urlaubsorte Warnschilder aufgestellt. Zudem suchen Mitarbeiter*innen von Kampfstoff-Bergungsfirmen die Strän-



Luftaufnahme der Alliierten vom Werk der IG FARBEN in Dyhernfurth

de an einigen Küsten-Streifen regelmäßig nach Phosphor ab. Aber das ist noch nicht alles. „Daneben gehen erhebliche Gefahren durch kontaminierte Fische aus“, hielt

das Bundeslandwirtschaftsministerium bereits im Jahr 1992 fest. Die Chemiestoffe können nämlich über die Nahrungskette in den menschlichen Organismus



Au weia, BAYER



BAYER-Chef Werner Baumann ist für die MONSANTO-Übernahme und ihre desaströsen Folgen verantwortlich, die immer noch andauern. Darum war auch die Verlängerung seines Vertrages keine reine Formsache. Er erhielt keinen mit der üblichen Laufzeit von vier Jahren, sondern verlässt seinen Posten schon nach drei Jahren im Frühjahr 2024 – auf eigenen Wunsch, wie es hieß. Und zu seinen Zukunftsplänen äußerte sich Baumann auch schon. Er wolle nichts mehr mit Wirtschaft, sondern „etwas komplett Anderes machen“, vertraute er dem *Manager Magazin* an. Die Ökonomie war offenbar doch nicht so sein Ding oder so sehr, dass er immer nur auf die Verkaufszahlen seiner Produkte schaute und nicht auf deren Risiken und Nebenwirkungen, was sich besonders im Fall „Glyphosat“ als fatal erwies.



gelangen und dort Krankheiten auslösen. „Wenn man alle Altlasten in einen Güterzug packte, würde er dreimal von Hamburg bis München reichen. Entsorgt kriegen die Räumdienste aber bislang vielleicht einen halben Waggon pro Jahr“, sagt der Meeres-Forscher Warner Brückmann. In diesem Frühjahr steht das Thema auf der Tagesordnung des Bundestages. Den Anstoß dazu gaben die Grünen und die FDP, die in einem Antrag die Bergung der Altlasten gefordert hatten. Eine Kostenbeteiligung von BAYER bei der kostspieligen Operation sehen die Parteien nicht vor. Dafür tritt bisher nur die Coordination gegen BAYER-Gefahren ein. Es ist nämlich an der Zeit, dass der Konzern endlich einmal wenigstens etwas dafür zahlt, aus seinen Chemie-Laboren Waffen-Fabriken gemacht zu haben. ←

Anmerkung

(1) Als „Perversion der Wissenschaft“ bezeichnete Habers Frau Clara Immerwahr, die ebenfalls Chemikerin war, diese neue Waffe. Vergeblich hatte sie versucht, ihren Mann von seinem Tun abzubringen. Wenige Tage nach dem ersten Giftgas-Einsatz nahm sie sich das Leben. Haber aber, der 1911 schon gemeinsam mit Carl Bosch das kriegswichtige, sogenannte Haber/Bosch-Verfahren entwickelt hatte – es ermöglichte die synthetische Herstellung von Salpeter und machte das Deutsche Reich so von Importen unabhängig – ging seinen Weg unbeirrt weiter. 1917 gründete er den „Technischen Ausschuss für Schädlingsbekämpfung“, aus dem später die „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“ (DEGESCH) hervorging. Hier sollten Habers Mitarbeiter Ferdinand Flury und Albrecht Hase später das Zyklon B entwickeln, das die Nazis zur Ermordung der Juden einsetzten. Zu Zeiten der Weimarer Republik versuchte Haber überdies, aus Meerwasser Gold zu gewinnen, um dem Staat die Reparationszahlungen zu erleichtern. Ab 1925 saß der Wissenschaftler auch im Aufsichtsrat der IG FARBEN. 1933 aber musste er als Jude diesen Posten genauso aufgeben wie alle seine anderen. Er verließ das Land und starb 1934 in einem Baseler Hotel. An seiner Beerdigung nahmen zahlreiche IG-Direktoren teil.

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.



jetzt NEU:
greenya NordWest
FÜR NRW, Bremen &
Niedersachsen

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,55 Porto pro Buch in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

- Nord-Ost (HH, SH, MV)
- Nord-West Jubiläumsausgabe
- Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen)

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya F. Stichwort Bayer 09.09.20

STICHWORT BAYER

Das konzernkritische Magazin.
Informiert. Deckt auf. Macht Mut. Bewegt.

JETZT ABONNIEREN!



www.CBGnetwork.org/abo

STICHWORT BAYER

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich €
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beiträge helfen)
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen, meldet euch bei mir
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei mit (mind. 60 €/Jahr) €
- Ich spende an den SWB-Förderkreis €

Antwort

Stichwort Bayer
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Vorname	Name
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
eMail	Geldinstitut
<input type="text"/>	<input type="text"/>
IBAN	Datum, Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Ich ermittle die Cooridator gegen BAYER-Gefahren (CBG). Zahlungen von meinem Konto einzuzahlen. Zugleich weise ich mein Konto für die Erstattung des belasteten Betrages vor. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

KLIMARISIKO.

- > 3,58 Millionen Tonnen CO₂ stoßen der BAYER-Konzern und seine Tochter MONSANTO jährlich aus (Stand 2020)
- > Einen großen Anteil daran hat die extrem energie-intensive Herstellung von Glyphosat
- > 94% des von BAYER eingekauften Stroms entstammen immer noch den schmutzigen, nicht-erneuerbaren Energiequellen (Stand 2020)

**KREBSGEFAHR. KLIMARISIKO. UMWELTGIFT.
GLYPHOSAT-STOPP JETZT!**

WIR FORDERN:

- > Mensch vor Profit! Glyphosat-Stopp jetzt!
 - > Gerechte Entschädigung aller Betroffenen & Angehörigen!
 - > Öffnung aller Akten! Vollständige Information der Öffentlichkeit!
 - > Bestrafung aller Verantwortlichen!
- Juristische Aufarbeitung der „Akte Glyphosat“!

**JETZT DEN AUFRUF ONLINE UNTERZEICHNEN:
GLYPHOSAT.CBGNETWORK.ORG**

i alle Quellen, Fakten & Links online:
www.cbgnetwork.org/glyphosat-fakten

SPENDE JETZT! OHNE GELD KEIN GLYPHOSAT-STOPP!

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91
WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

KONZERNKRITIK BRAUCHT FÖRDERMITGLIEDER!

